Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/8, durch die Post und durch Colporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7547

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkthätige Bevölkerung.

Mit der illustrirten Beilage „Die Neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12. Sonnabend, den 15. Januar 1898. 9 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Wie stehen wir zur deutschen Chinapolitik?

Eine sehr bemerkenswerthe Preßfehde ist seit Kurzem entstanden zwischen einigen socialdemokratischen Blättern über die Stellung der Socialdemokratie zu der von Deutschland praktizirten chinesischen Politik. Die Wichtigkeit des Gegenstandes legt uns die Pflicht auf, auch unsererseits Stellung zu nehmen zu dieser Streitfrage.

Dem Centralorgan der deutschen Socialdemokratie, dem „Vorwärts“, wird seit Kurzem von einigen Parteiblättern, insbesondere von der „Frankfurter Volksstimme“ der — unseres Erachtens durchaus berechtigte — Vorwurf gemacht, in der chinesischen Frage den Standpunkt der Socialdemokratie nicht mit der von dem Centralorgan der Partei zu fordernden Entschiedenheit vertreten zu haben. Der „Vorwärts“ sagte diesem Tadel gegenüber zunächst, daß er lediglich „in dem Grade und dem Tone“ seiner Kritik sich von der einiger anderer Parteiblätter unterscheide, in der Sache selbst aber in der gleichen Weise Stellung gegen die deutsche Chinapolitik genommen habe, wie die übrigen Preßorgane der Partei. Mit Recht erklärte die „Frankfurter Volksstimme“, daß es sich hier um mehr handle, als um Unterschiede im Ton, nämlich darum, „daß wir Alle mit gleicher Entschiedenheit gegen die neueste Wendung, die wir eine Verschleierung des Länderraubs genannt haben, gerade deshalb Stellung nehmen, eben weil eine verhängnißvolle Verschleierung vorliegt, die überdies gegen Artikel 4 der Reichsverfassung, gegen den Geist der parlamentarischen Regierung und gegen die socialen Interessen des arbeitenden Volkes in Deutschland verstößt, wie noch keine frühere colonialpolitische Maßregel, selbst unter Bismarck.“

Der „Vorwärts“ giebt darauf in seiner Donnerstag-Nummer folgende, die Aufmerksamkeit aller Parteigenossen herausfordernde Darstellung seines Standpunktes in der Kiautschaufrage. Er sagt:

„Wir haben das Verfahren der deutschen Regierung bei der Besetzung von Kiautschau gemißbilligt, wie wir die deutsche Colonialpolitik überhaupt gemißbilligt haben. Darum aber nun noch immerfort von „Länderraub“ zu sprechen, erscheint uns nicht sachentsprechend. Wenn wir auch mit aller Begeisterung und Hingebung international gesinnt sind, so geht die Bethätigung unserer internationalen Gesinnung nun doch nicht so weit, daß wir es als eine Aufgabe unserer Partei betrachten, die Interessen der Mandschu-Dynastie, dieser gewaltsamen Eroberer und Bedrücker Chinas, mit Pathos zu vertreten. Was die Vernachlässigung des Parlaments betrifft, so hat der „Vorwärts“ so früh und so entschieden wie nur irgend ein anderes Parteiblatt gefordert, daß die Reichsregierung über die bisherige Action und ihre weiteren Pläne dem Reichstage Rechenschaft ablege und den Vertrag mit China dem Reichstage genau ebenso wie die Handelsverträge zur Genehmigung vorlege. Daß der Vertrag über die Pachtung Kiautschaus zuerst mit der chinesischen Regierung geschlossen sein mußte, bevor derselbe dem Reichstage paraphiert vorgelegt werden konnte, erscheint unter den heutigen Umständen unvermeidbar.

Ob und inwieweit die Pachtung Kiautschaus gegen die „socialen Interessen des arbeitenden Volkes“ verstoßen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Eine Ausdehnung unserer Ausfuhr nach Ostasien würde gegen diese Interessen nicht verstoßen, auf die Gefahr einer Zufuhr von Kulis nach Deutschland ist aber von uns hingewiesen worden. Den späteren Consequenzen einer Erschließung Chinas entgeht das europäische und auch das deutsche Proletariat im Speciellen nicht, wenn auch der Pachtvertrag über die Kiautschau-Bucht nicht ratificirt würde. Die sibirische Eisenbahn, das Vorrücken der Franzosen von Hinterindien, der Telegraph und die Eisenbahnen in China und so manches Andere erzwingen die Einbeziehung Chinas in den weltwirthschaftlichen Wettbewerb.

Es liegt uns fern, die ostasiatischen Angelegenheiten für die Zukunft leicht nehmen zu wollen. Wir haben bereits oft betont, daß in Ostasien leicht die größten und verhängnißvollsten Complicationen der capitalistischen Staaten entstehen werden. Wir hatten an der Politik Deutschlands in diesen Angelegenheiten viel zu tadeln und werden sicherlich auf absehbare Zeit derselben durchaus oppositionell gegenüberstehen müssen.

Darum braucht uns aber die Besetzung von Kiautschau, nachdem sie ohne gefährliche Zusammenstöße mit anderen Staaten vor sich gegangen ist, nicht eine Angelegenheit zu sein, um derentwillen unsere Partei Veranlassung hätte, die Alarmtrommel mächtig zu rühren. **Diese Besetzung ist ein Unternehmen der deutschen Capitalistenklasse und ihrer Regierung, an der die Arbeiterklasse keinen Antheil hat.** Aber die Arbeiterklasse faßt diese Besetzung als ein Glied in der nothwendigen Entwickelung des Capitalismus auf. Die Aufgabe unserer Partei kann nur sein, dafür Sorge zu tragen, daß in dieser unabwendbaren Entwickelung der Dinge die Interessen der Arbeiter geschützt und gefördert werden, daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation und die Verbesserung des Arbeiterschutzes gegen Degeneration und socialen Druck geschützt und durch geeignete Maßregeln gegen die drohenden Gefahren einer Concurrenz der bedürfnißlosen Arbeiterschaft Ostasiens im eigenen Lande bewahrt werde.“

Am Schlusse dieser Darlegung behauptet dann der „Vorwärts“, daß sich eine ganze Reihe von Parteiblättern auf den gleichen Standpunkt gestellt habe. Demgegenüber fühlen wir uns verpflichtet, zu erklären, daß die „Volkswacht“ zu diesen Blättern nicht gehört und daß wir einfach nicht glauben, daß dieser unseres Erachtens ebensowohl tactisch wie principiell durchaus verwerfliche Standpunkt unseres Centralorgans von irgend einem anderen Parteiblatte getheilt werden könnte. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat denn auch sofort Gelegenheit genommen, gegen den Standpunkt des „Vorwärts“ entschieden Protest zu erheben — die neueste Nummer der „Frankf. Volksstimme“ liegt uns noch nicht vor — und wir können unsere eigenen Anschauungen in dieser Frage nicht besser wiedergeben, als dadurch, daß wir die Ausführungen unseres Leipziger Bruderblattes hierhersetzen. Sie lauten:

„Der „Vorwärts“ ist, das sei vorausgeschickt, Centralorgan der Partei nur insoweit, als er amtliches Publicationsorgan der Parteileitung ist. Die Kundgebungen und Ansichten, die er sonst, ohne das amtliche Sigill, veröffentlicht, sind die privaten Ansichten und Kundgebungen der Redaction, die nicht officieller sind als die irgend einer anderen Parteiblatt-Redaction. Die Staatsmänner der Redaction, die durch die Kritik der Volksstimme zu dieser ihrer letzten Erklärung — die erste war etwas vorsichtiger — gedrängt worden sind, offenbaren einen geradezu bewundernswerthen Optimismus und eine Vertrauensseligkeit gegenüber dem Regime des Evangeliumskurses, die den Beifall der „Köln. Ztg.“, der Freisinnigen Vereinigung und der „Kreuzzeitung“ herausfordern werden. Nicht um die Mandschu-Dynastie handelt es sich, die ja übrigens mit ebensoviel oder mehr „Recht“ wie manche europäische Eroberungs-Dynastie regiert, sondern um die schlagende Thatsache eines Einfalls in Feindesland mitten im Frieden. Wie wars denn bei der Jamesonicade? Wer hier nicht protestirt, wird sich Gewaltpolitik und Ueberfälle auch daheim gefallen lassen, er sanctionirt die Politik der „gepanzerten Faust“ auch im Streite wider den „inneren Feind“.

Was soll man aber dazu sagen, daß der „Vorwärts“ die Besetzung von Kiautschau für eine interne Sache der deutschen Capitalistenklasse und ihrer Regierung ausgiebt? Wer trägt die Kosten, wer zahlt die Steuern, auf wen fällt die ganze Wucht von Krisen und Katastrophen? Auf die mit der Gut- und Blutsteuer am härtesten belastete Arbeiterklasse. Die Kiautschau-Sache ist gerade so ein Unternehmen der deutschen Capitalistenklasse und ihrer Regierung wie die Hochzölle, die Liebesgaben, der Marinismus, der Militarismus, kurz die ganze Litanei des Klassenstaates. Wozu sind wir denn eine politische Partei, wenn wir uns mit den Fragen so bequem abfinden, die Lebensinteressen der Arbeiterklasse berühren?

Die Besetzung von Kiautschau ist der Anfang einer „Weltpolitik“, deren verhängnißvolle Consequenzen unabsehbar sind. Sicher sind schon jetzt neue hohe Ausgaben, Erhöhung der indirecten Steuern. Thut nichts, „diese Besetzung ist ein Unternehmen der deutschen Capitalistenklasse und ihrer Regierung!“ Welche bequeme Politik des laisser faire, laisser aller (des Gehen- und Geschehenlassens), wenn der deutschen Arbeiterschaft zugemuthet wird, da ja doch die ostasiatische Concurrenz für die Zukunft unabwendbar sei, die Eroberungs- und Vergrößerungspolitik des neuesten Kurses nun einmal hinzunehmen, zu dem sicheren Uebel auch noch das Risiko der doch sonst so verurtheilten Abenteuerpolitik zu tragen!

Mit solchen „Argumenten“ vollzieht man nicht über die Thatsache hinweg, daß es sich um überseeische Pläne und Wagnisse handelt, die von der Socialdemokratie, die die socialen und politischen Interessen des werkthätigen Volkes, der kleinen Leute, der Millionen von Steuerzahlern vertritt, grundsätzlich zu bekämpfen sind.

Die Redensarten von Arbeiterschutz u. s. w. in der Aera des Posadowsky und des wirthschaftlichen Hochzoll-Ausschusses sind ganz belanglos. Soll die Socialdemokratie dadurch sich auf diesem Gebiete Erfolge sichern, daß sie Schritt vor Schritt vor der „Weltpolitik“ zurückweicht und von Zugeständniß zu Zugeständniß schwankt?

Gegen die rollenwidrigen Seitensprünge des „Centralorgans“ muß energisch protestirt werden. Heute liefert der „Vorwärts“ den Chinapolitikern, den Stumm, Krupp und Compagnie, Waffen in die Hände. Zum Mindesten, alles andere Principielle bei Seite gelassen, die klügste Wahlpolitik, die sich ersinnen läßt!“

Wir machen, wie gesagt, diese Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“ vollständig zu unseren eigenen und wir sehen voraus, daß mit uns die gesammte Parteipresse den gleichen Standpunkt einnehmen und entschieden protestiren wird gegen die ebenso schwächliche wie schädliche Haltung unseres Centralorgans in einer Frage, die wie kaum eine andere die wichtigsten Interessen der Arbeiterklasse berührt.

Großcapital und Flottenvorlage!

Am Donnerstag Mittag fand endlich die seit langer Zeit mit großem Tamtam angekündigte Demonstration der Großindustrie, des Großhandels und der Großrhederei für die Flottenvorlage statt, natürlich im feinsten Local Berlins, dem „Kaiserhof“. In der Resolution, die zur Annahme gelangte, war auch vom Kleingewerbe die Rede; von den Anwesenden machte aber keiner den Eindruck eines kleinen Gewerbetreibenden.

Da waren sie alle vertreten, für die sich der Bau von Kriegsschiffen, je mehr desto besser, unmittelbar oder mittelbar in pecuniären Gewinn umsetzt, und der Hamburger Großrheder Wörmann war dazu ausersehen, in diesem Parlament von Commerzienräthen die Rede des Tages zu halten.

Die Veranstaltung kam etwas post festum, da doch die Haltung des Centrums — bezeichnenderweise waren auch einige Mitglieder dieser Partei anwesend — den Herren die Besorgniß um das Schicksal der Vorlage genommen haben muß; und so wurde der Reichstag auch kaum erwähnt. Um so mehr wurde über die Socialdemokraten hergezogen, die nicht einsehen wollten, daß jedes Kriegsschiff aus „Arbeitslohn“ bestehe, und daß daher der Verdienst der Arbeiter von der Größe der Flotte abhänge. Der Generalsecretär des Centralvereins deutscher Industrieller, der Reactionär Beck, bemühte sich, die Kosten der Flottenvermehrung als ver-

---

Schubart und seine Zeitgenossen.

Historischer Roman von A. E. Brachvogel.

114] (Nachdruck verboten.)

„Wie? Bist Du ungesellig? — Ich sage Dir, Du wirst noch lange genug allein durch's Leben gehen, benutze die kurze Frist! — Ein Narr? Von, glaubst Du mit Deinem Mantel, der Deine krummen Beine schlecht genug verdeckt, Du wärst kein Narr, wie ich? O, ein viel größerer! Du bist ein Narr, in wie außer dem Hause, und wenn Du Deine Diana suchst, nimm Dich in Acht, daß sie Dir nicht Hörner aufsetzt, wie dem Aktäon.“

„Du bist maliciös, Maske, und nach Deiner Pöbelsprache zu urtheilen, hast Du Dich an den Unrechten gewendet! Was will das mit der Diana heißen?“

„An den Unrechten? — Nun komm ein wenig aus dem Gedränge nach Deinem Hause zu, ich will Dir sagen, wie ich Dich besser kenne, als Du Dich selbst.“ Pevino zog Leutrum nach der rechten südlichen Arkade hin. „Als Du nach Deinen Begüssen jung warst, vor guten zwanzig Jahren etwa, warst Du sehr verliebt. Aber eine Reihe himmelhoher Köche haben Dich abgekühlt! Da half Dir Dein Geldbeutel oder der Satan, vielleicht Beides zu einer jungen Frau. Ob Du jemals Beweise ihrer Liebe empfangen, mein Grauchen, ist Deine Sache, aber daß sie Dir untreu geworden, das ist meine Sache!“

„Ich glaube, Du rasest! Wenn Dir noch länger beikommt, mit mir zu spielen, werde ich Dich vom Dogen demaskiren lassen! Geh' Deiner Wege!“

„Ah, entschuldige, wenn ich Dich beleidigte!“ Arlequin ließ ihn los. „Ich konnte freilich nicht wissen, haha, daß Du mit dem Benehmen Deiner — Diana, — die Du vergebens zu suchen scheinst, so einverstanden bist. Ich fürchte nur, der Scandal wird bald weltkundig sein und man dürfte Dich nach dem Schwarzwald solo zurückschicken, wo Du wieder Bauern chicaniren und nachdenken kannst, wozu Du Dir eigentlich eine Frau angeschafft hast; guten Abend!“

Arlequin wollte sich wenden, aber Leutrum hielt ihn fest. „Du begreifst, Schurke, daß Du mir für den Schimpf haften mußt! Vorwärts, zum Dogen und in den Arrest!“

„Meinetwegen! Aber bedenke — so wie Du mich dem Dogen anzeigst, erzähl' ich ihm, was Deine liebe Frau mit einem gewissen vornehmen Herrn treibt, wir müssen uns dann Beide demaskiren, und da ich ein armer Teufel bin, Du aber ein Höfling, so wirst Du Dich unsterblich blamirt haben, den hohen Herrn zu geschweigen! Wie gefällt Dir das?“

Leutrum war zu Muthe, als stände die Welt auf dem Kopfe. Die Untreue seiner Frau war zu frei behauptet worden, um nicht ernst gemeint zu sein. „Höre, Arlequin, Du treibst Deinen Uebermuth zu weit. Du willst mich nur ärgern! Willst Du zehn Ducaten verdienen, so sei einen Augenblick ehrlich! Du meinst doch nur, daß besagter großer Herr meiner Frau Galanterieen erweist, die sie eben duldet, weil der Galan der Erste im Lande ist, nicht wahr?“

„Weder um Sie zu kränken, noch Ihrer zehn Ducaten wegen, warne ich Sie. Auch ich bin Einer vom Hofe, aber von den stillen, kleinen, unbedeutenden Leuten, welche die großen Herren in ihren vier Pfählen sans masque kennen lernen, durch Hintertreppen und Tapetenthüren schlüpfen und besser in Regierungsaffären Bescheid wissen, als manche Excellenz. Früher war die Annäherung Ihrer Gattin zu dem Herrn ganz platonisch, aber bei dem Geburtsfest im Orangeriehause vorig Jahr, als Fetonte gegeben wurde, hat in einem gewissen Zimmer der Favorite zwischen ihr und dem Herrn eine Liebeserklärung in schönster Façon stattgefunden, wobei die Dame äußerte, „wie gern sie sich von ihrem alten Narren trennen würde“. Die Scene endigte — wie — solche Scenen eben enden, und diejenige beschaffen sein mag, welche jetzt Diana mit Endymion feiert. Da sieh! — Siehst Du den Pulcinello? Er war dabei, er hat Alles gesehen, er sucht Dich!“ — Mit einem Sprung war Arlequin-Smergali unter der Menge verschwunden, eilte in die Arkaden zu dem Italienerwaarenhändler und Traiteur Menoni, rief dessen langen Gehilfen Morani, der ihm seine Dachkammer aufschloß; daselbst entledigte er sich rasch seines Costüms, wechselte die Larve und stand fünf Minuten später als Chinese wieder auf dem Platze.

Leutrum hatte gewiß nichts von dem, was man Gefühl, Ehre und Noblesse nannte, aber seine Eitelkeit, sein Stolz, sein Egoismus war um so ausgebildeter. Beschimpft, betrogen zu sein, von Bedeutung und Glanz auf der Hahnrei herabzusinken, ertrug er nicht. Der Gedanke an die wirkliche Untreue seiner Frau setzte ihn in Wuth, jene brutale Wuth und ausgesuchte Bosheit, die dem endlich aufgestachelten Phlegma und der Dummheit immer das Ansehen eines Stieres giebt, der auf den rothen Lappen stürzt.

Mühsam sich erholend an Arm und Beinen zitternd, eilte er, da Arlequin entwischt war, dem Pulcinello nach, der ihn bisher beobachtet hatte und, nun er allein stand, ihm ein paar scharfe Blicke zuwarf, sich dann aber wendete und, die Hände in den Taschen, weiter trollte.

Leutrum hielt ihn heftig fest.

„Was soll's?“

„Du kennst mich, Polichinell!“

„Möglich, was bist Du so leicht kenntlich!“

„Arlequin hat mich an Dich gewiesen wegen einer gewissen Dame.“

„Was willst Du wissen?“

hältnißmäßig unbedeutend hinzustellen, was sie ja auch in der That sind im Verhältniß zu den Tausenden von Millionen Mark, deren Besitzer die Versammlung bildeten. Nur daß diese sich dafür bedanken würden, die erforderlichen Summen aus ihrer Tasche herzugeben.

Selbstverständlich sprach man auch besonders schöne Worte über Vaterlandsliebe und „Nationalgefühl". Wir wissen ja zur Genüge, bemerkt dazu der „Vorwärts", das „Nationalgefühl" wird von den Herren immer dann am lautesten betont, wenn die Profitjagd reiche Beute in Aussicht stellt. Als 1870 die Bismarck'sche Regierung an das Nationalgefühl der Prozentpatrioten bei Begebung der Kriegsanleihe appellirte, da fand sie taube Ohren; anders jetzt bei der Flottenvorlage, die den Unternehmern reiche Handelsbeute sichern, deren Kosten aber auf die Schultern der breiten Steuerzahler-Massen, der misera contribuens plebs gelegt werden soll. Für die im „Kaiserhof" versammelten und mit ihrem „Nationalgefühl" hausirenden Unternehmer und Großindustriellen ist gerade ihr Vorsitzender, der geadelte bayerische Reichsrath und Actienspinnerei-Director v. Haßler der berufenste Mann. Wenn der von Patriotismus und Nationalgefühl redet, dann wissen seine schlechtgelöhnten Spinner und Weber in Augsburg immer, daß ihm der Patriotismus und das Nationalgefühl nichts kostet. Wenn Herr v. Haßler aber an „seine" deutschen Mitbürger in der Arbeiterklasse mehr Löhne zahlen soll — dann ade Nationalgefühl! Die Augsburger Arbeiter wissen davon ein Lied zu singen, wie Herr v. Haßler und der nationalgesinnte Augsburger Unternehmer-Klüngel ihre Lohnbewegungen wiederholt damit niedergezwungen haben, daß sie an Stelle der außer Brot getriebenen deutschen Weber und Spinner ganze Eisenbahnladungen czechischer Arbeitskräfte nach Augsburg verfrachteten und dort ganze Stadttheile — zum Beispiel die Arbeitervorstädte Hettenbach und Oberhausen — mit ihnen bevölkerten, ein Segen, den noch Jahre später die Stadtverwaltung mit vermehrten Polizei- und Gendarmerie-Ausgaben bezahlte! Neben Herren Bueck und Wörmann war Herr von Haßler wirklich der würdigste Dritte! Herr Wörmann mit den chinesischen Kulis, der Stammtischfreund und Leumundszeuge des edlen v. Tausch und Generalsecretär der bekannten Unternehmercoalition, welche die einheimische Bergbaubevölkerung durch polnische Arbeiter ersetzte, und Herr v. Haßler, der Importeur billiger Czechen — besser und deutlicher kann das „Nationalgefühl" unserer deutschen Unternehmer nicht gekennzeichnet werden als durch dieses edle Trifolium.

Uebrigens noch Eines, das bei dieser Gelegenheit erwähnt zu werden verdient. Die patriotische Kaiserhofversammlung der Geheimen und noch nicht Geheimen Commerzienräthe und derer, die es werden möchten, stellt sich als eine offenbare Verhöhnung des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes dar. Diese hochpolitische Versammlung kam nämlich durch das „Zuverbindungstreten" des Centralverbandes und des Bundes deutscher Industrieller zu Stande. Auch zahlreiche Innungen hatten Repräsentanten entsandt und fast alle deutschen Handelskammern waren vertreten.

Diese Gesetzesverächter sind dieselben Männer, die das heutige preußische Vereinsgesetz als eine viel zu liberale Einrichtung ansehen, die sich für die lex Recke begeisterten, die über die Zuchtlosigkeit und Gesetzesverachtung der Arbeiter die Hände ringen. Herr Bueck, der Generalsecretär des Centralverbandes, der sich von seiner Partei, der nationalliberalen, bei der Abstimmung über die lex Recke absentirte, spielte bei der Theatervorstellung im Kaiserhof eine der Hauptrollen.

Existirt das Vereinsgesetz blos für Arbeiter und Polen? Darf jeder Bourgeois ihm eine Nase drehen?

Nach allen Erfahrungen werden die Herren Wörmann, Haßler, Bueck und all' die übrigen Gesetzesverächter von keinem Criminalcommissar und Staatsanwalt auch nur im Mindesten behelligt werden. Dafür werden es sich diese Ritter der Kirchenpraxis niemals nehmen lassen, die strengste Handhabung des Vereinsgesetzes Seitens der Staatsbehörden zu fordern — freilich nur gegen Arbeiter und Polen.

Zur chinesischen Anleihe wird der „Times" aus Peking gemeldet, daß Rußlands Anleihevorschläge nicht abgelehnt worden sind; die Verhandlungen sind vielmehr nur suspendirt, da China hofft, daß England unter weniger drückenden Bedingungen aushelfen werde.

Zu der Mittheilung des „Manchester Guardian" über ein Zusammengehen mit Deutschland in der Anleihefrage wird dem „Hamb. Corr." aus Berlin geschrieben: es sei selbstverständlich, daß die Reichsregierung nicht daran denken kann, mit England eine Garantie für die Anleihe zu übernehmen. In die Anleiheverhandlungen werde sich die Regierung nicht mischen, dagegen sei es zweifellos, daß sich ein Theil der deutschen Banken an dem Unternehmen betheiligen wird.

Zu einer grotesken Wahlkomödie haben sich die Beziehungen zwischen den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirthe im Wahlkreise Homburg-Kusel gestaltet, d. h. für die Nationalliberalen ist es mehr eine Tragikomödie, denn sie sind unter allen Umständen die Dummen dabei. Sogar die „Nationalztg." spottet darüber, daß man in Homburg-Kusel, um die Candidatur Lucke des Bundes der Landwirthe zu beseitigen, in dem Landtagsabgeordneten Schmidt-Reichenbach einen Candidaten aufstellte, welcher erklärte, der nationalliberalen Fraction beitreten zu wollen, aber das Programm des Bundes der Landwirthe anzuerkennen — dasselbe Programm, auf Grund dessen in anderen Landestheilen, z. B. in der Provinz Hannover, und neuerdings dem Anschein nach auch im Königreich Sachsen, die Beseitigung aller nationalliberalen Abgeordneten angestrebt wird. Der nationalliberale Ausschuß der Pfalz, so meint die „Nationalztg." weiter, aber scheint im Voraus diese neueste Auslegung der „Freiheit in wirthschaftlichen Fragen" gebilligt zu haben. Selbst dieses mehr als weitherzige Entgegenkommen, wodurch die Nationalliberalen sich mit Haut und Haar den Bündlern überliefern, scheint einen Theil der Bündler noch nicht zu genügen. Der ursprüngliche Candidat und Agitator des Bundes, Herr Lucke, der erklärte, daß seine Ehre ihm den Rücktritt nicht gestatte, hat bereits mehrere Wahlversammlungen anberaumt, so daß man einen Fortgang der politischen Tragikomödie erwarten darf. Unsere Genossen im Wahlkreise haben über diesen lustigen Trubel natürlich ihre helle Freude. Genosse Ehrhardt-Ludwigshafen ist rührig in der Agitation und man rechnet auf einen ungewöhnlichen Stimmenzuwachs.

In der Aachener Landesverraths-Angelegenheit ist eine weitere Verhaftung erfolgt. Außer dem Bezirksfeldwebel, der Hagenbruch heißt, befinden sich also jetzt drei Personen in der Angelegenheit in Haft. Die dritte in Haft genommene Person wurde am Sonntag einem langen Verhöre unterzogen.

Nach einer weiteren Meldung ist am Freitag auch noch der Bezirksfeldwebel in Montjoie verhaftet worden auf Grund des § 135. Der in Aachen verhaftete Feldwebel wurde dem Kölner Militärgefängniß eingeliefert. Die Spur führt wahrscheinlich wieder nach Luxemburg.

Ausland.

Schweiz. Die zur Herbeiführung einer Volksabstimmung über die Verstaatlichung der Schweizer Bahnen nothwendige Zahl der Unterschriften ist weit überschritten worden. Es sind, wie dem „B. T." zufolge verlautet, über 800 000 Unterschriften eingelaufen.

Italien. Einen eigenartigen Anstrich erhielt die Revolutionsfeier in Palermo durch das Festbankett, das dort zu Ehren Crispis gestern veranstaltet wurde. Crispi ist bekanntlich der Mann, der im Jahre 1894 gegen die empörten sicilianischen Bauern mit unerhörter Brutalität vorging und ihre Führer, vor allem den nachmals begnadigten de Felice, zu zwanzig- und mehrjährigen Zuchthausstrafen verurtheilen ließ. Crispi hielt eine seiner phrasenhaften Reden zur Verherrlichung des Militarismus, der bekanntlich unter seiner Regierung Italien an den Rand des Verderbens gebracht hat. Zum Schluß pflichtete er den Sicilianern alle die Vorwürfe auf, die ihnen der Anschluß an Italien gebracht habe, und forderte sie auf, sich mit dem Gefühl der Brüderlichkeit für Italien erfüllen zu lassen. — Daß Crispi solche Reden in Sicilien hält, wo man ihn und seine Machenschaften zur Genüge kennt, ist wieder ein schönes Zeugniß für den Muth der Feigheit, der diesen Mann erfüllt.

Frankreich. „Ich klage an!" In Riesenlettern bringt die „Aurore" diese Worte als Ueberschrift des ungeheures Aufsehen erregenden Briefes Emil Zolas. Es heißt in dem Briefe, von dem wir Einiges schon mittheilten, weiter:

Ihr Stern, Herr Präsident, leuchtet so hell, ist von einer schwindelnden Bewunderung umgeben. Sie sind heil und wohl aus der Campagne mehrjähriger Verleumdungen hervorgegangen. Von Ihnen strahlt der Glanz der Aurora der russisch-französischen Allianz aus. Sie bereiten sich vor, der nächsten Weltausstellung zu präsidiren und den Triumph Frankreichs herbeizuführen, welcher unser großes Jahrhundert der Arbeit, der Wahrheit, der Freiheit krönen soll. Aber welcher Flecken fällt auf Ihren Namen, ja auf Ihre Regierungszeit und diese unsichere Affaire Dreyfus! Ein Kriegsgericht hat auf Befehl einer Ueberlegenheit freigesprochen gemäß. Die Wahrheit und Gerechtigkeit haben durch den schwersten Schlag erhalten. Frankreich trägt ein Schandmal auf der Stirne. Die Geschichte wird einst erzählen, daß unter Ihrer Regierung ein solches sociales Verbrechen verübt worden ist. Meine Pflicht ist es, zu sprechen, wenn ich nicht mitschuldiger werden will. Meine Nacht soll plötzlich durch die Erscheinung des Unschuldigen, welchen die schwersten Leiden leidet und an Verbrechen büßen muß, das er nicht begangen hat. Ein unseliger Mann hat das Alles angerichtet. Es ist Du Paty de Clam, damals noch ein bescheidener Major. Die gefälschten Documente, die anonymen Briefe, die Nachtscenen in einsamen Orten, die geheimnißvollen Frauen, welche Kugeln überbringende Verschleierte verschleiern: das Alles ist sein Werk. Ich erkläre, daß Paty de Clam als militärischer Untersuchungsrichter der Hauptschuldige an dem begangenen Rechtsverbrechen ist. Es gab allerdings auch einen Kriegsminister, den General Mercier, aber seine Intelligenz scheint mittelmäßig: es gab auch einen Generalstabschef, General Boisdeffre, welcher seiner Freunde Leidenschaft erlegen zu sein scheint. Es gab einen Stabschef des Generalstabes, General Gonse, dessen Gewissen sich den verschiedensten Dingen anpassen konnte. Ihr Vorgehen nun ist es aber nur Du Paty de Clam, welchen die Alle stützen. Paty verhaftet Dreyfus, begiebt sich zu Madame Dreyfus, welche er terrorisirt, indem er sagt, daß ihr Gatte verloren ist. Er führt die Untersuchung, wie man sie im 15. Jahrhundert führte. Alles basirte er auf ein kindisches Belastungsmoment, auf den Verdacht, Dreyfus habe das Bordereau geschrieben. Hier liegt der Ursprung der Niederlage der französischen Justiz. Man erzählt Schauergeschichten über die Verrätherei, die getrieben worden sei; aber nichts steckte hinter all dem, als romantische Erfindungen Paty de Clams.

Sodann bespricht Zola die Affaire Esterhazy und kennzeichnet die Action Scheurer-Kestner's und die Untersuchung, welche Oberst Picquart gegen Esterhazy geführt.

Picquart sammelt pflichtgemäß Material, das er seinem Vorgesetzten unterbreitet. Was man immer „Dossier Picquart" nennt, ist nichts Anderes als das Dossier Billot. Man wollte die Revision des Dreyfus-Prozesses. Da stoßen wir wieder auf Paty de Clam. Die Revision wäre die Vernichtung des ganzen Schauerromans. Das kann man nicht zugeben. Ein Duell findet zwischen Picquart und Paty de Clam statt. Der Eine kämpft offen, der Andere maskirt. Man wird nächstens diese beiden Männer vor dem Civilgericht sich gegenüberstehen sehen. Man hat mit Staunen gefragt: Wer sind die Beschützer Esterhazys? Im Dunkel des Geheimnisses ist es Paty, welcher die ganze Intrigue eingefädelt, dann Boisdeffre, endlich Billot selbst, welcher Esterhazy freisprechen lassen mußte, damit die Mauern des Kriegsministeriums nicht von der öffentlichen Verachtung erschüttert werden. Alle hohen Militärs, wie Gonse, Billot, Boisdeffre, waren nach dem Ergebnisse der Untersuchung Picquart's von der Schuld Esterhazys überzeugt. Dieser Piquart, der allein in dieser Sache seine Pflicht gethan; man hat diesem Manne sogar vorgeworfen, einen Kartenbrief gefälscht zu haben. Warum hätte er es thun sollen? War er auch von Juden bezahlt? Das Schönste an der Geschichte ist, daß Piquart Antisemit war. Wir wohnen einem schändlichen Schauspiel bei. Menschen, die in Schulden und in Verbrechen verkommen sind, werden unschuldig proclamirt, während man Ehrenmänner trifft, deren Leben keinen Makel aufweist. Hier haben Sie die Affaire Esterhazy. Herr Präsident: Es handelte sich darum, den Schuldigen freizusprechen; nochmals, man hat eine Intrigue gegen Dreyfus geschmiedet. Man spricht von der Ehre der Armee. Diese steht nicht in Frage, es handelt sich um die Herrschaft des Säbels, der morgen vielleicht schon unser Herr und Meister sein wird. Mit allen Mitteln hat man Esterhazy gedeckt. Wo ist der starke energische Minister, welcher diesen Jesuitenstreich mit dem Kehrbesen wegfegen wollte?

„Indem ich diese Anklagen erhebe", schließt Zola, „trage ich die Consequenzen des Gesetzes, welches die Verleumdung bestraft. Gerne unterwerfe ich mich denselben. Niemals habe ich die Männer gekannt, noch gesehen, welche ich anklage. Die That, welche ich soeben begehe, erscheint als ein revolutionäres Mittel, um die Explosion der Wahrheit und der Gerechtigkeit zu beschleunigen. Nur eine einzige Leidenschaft hat mich in meinem Leben beherrscht, das ist, für Aufklärung und für Humanität zu wirken. Mein Protest erscheint als der Schrei meiner Seele. Man möge mich vor die Geschworenen stellen und dann wird Alles an den Tag kommen. Emile Zola."

Rappel veröffentlicht ein Manifest, in dem die Revision des Dreyfusprozesses verlangt wird. Das Manifest trägt die Unterschriften von etwa hundert Gelehrten, Schriftstellern und Künstlern, darunter diejenigen des Akademikers Anatole France und des Directors des Pasteurschen Instituts Duclaux.

Oberst Picquart erhielt vorläufig 60 Tage Festungsarrest, unabhängig von dem Urtheil des Disciplinarhofes.

Bei der Wahl des vierten Vicepräsidenten des Senats, zu welcher auch Scheurer-Kestner candidirte, wurde nicht dieser, sondern Demol gewählt.

Spanien. Die „Beruhigung" Cubas nimmt hübsche Formen an.

Nach Meldungen aus Havanna setzten sich dort gestern Nachmittag die Unruhen fort. Eine Volksmenge sammelte sich vor den Geschäftsräumen des „Diario de la Marina" an und durchzog, von dort durch die Truppen vertrieben, unter lärmenden Ausrufen die Straßen Havannas. Dem Blatt wird besonders vorgeworfen, daß es sich gegen die spanischen Offiziere auffallend geäußert habe. Ein Zeitungsverkäufer des „Diario", welcher in den Straßen das Blatt feilhielt, erhielt einen Schuß in den Arm.

Die Aufrührer in Havanna wurden dem Kriegsgericht übergeben; es heißt sogar, es sollen sieben Offiziere als Aufwiegler erschossen werden. Dem „National" wird aus Havanna telegraphirt, daß die Situation dort unhaltbar sei. Die Presse und die öffentliche Meinung seien in starker Erregung.

Die Aufständischen lockten den Militärcommandanten von Santiago, Vegas, unter dem Vorwande, mit ihm unterhandeln zu wollen, an sich und tödteten ihn.

Asien. Gegen die englische Herrschaft in Indien ist ein Aufstand auch in Boriavi bei Nariad im Distrikte Gujarat ausgebrochen. Fünf Sepoys wurden getödtet, auch verlautet, daß ein englischer Beamter schwer verwundet sei. Von Ahmadabad sind 300 Mann Soldaten an Ort und Stelle gesandt worden.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag erledigte heute eine reichhaltige Tagesordnung. Die Juristen beherrschten wieder ausschließlich das Feld. Zuerst wurde die Civilprozeßordnungsnovelle erledigt, sie war nur vertagt worden, weil der freisinnige Abg. Beck sich noch eine Extrawurst braten wollte. Unter einer Stunde thut es dieser größte Schwätzer im Reichstage nun einmal nicht. Die übrigen Abgeordneten nahmen aber auch fast alle die Gelegenheit wahr, ungestört das Mittagsmahl einzunehmen.

Nachdem die Novelle zur Civilprozeßordnung an eine Commission verwiesen war, kam der Antrag des conservativen Abg. v. Salisch an die Reihe, der die Fälle der Meineidsprozesse durch anderweitige Bestimmungen über die Eidesabnahme vermindern will. Das einzig Gute an den Anträgen ist die Ersetzung des Voreides durch den Nacheid, sonst sollte dem Richter Befugnisse eingeräumt werden, Zeugen, deren Aussagen er für unglaubwürdig hält, unbeeidigt zu lassen, auch sollen für unbeeidigte unwahre Aussagen neue Strafbestimmungen erlassen werden. Die Vorschläge hören sich recht nett an und wären auch acceptabel, wenn alle unsere Richter Engel wären. Daß sie es nicht sind, bewies unser Genosse Stadthagen in einer wirkungsvollen Rede. Seine Kritik vom heutigen Richter

---

„Vorerst bitte ich Dich, mir zu folgen."

„Wohin?"

„Zu — zu einem Glase Wein!"

„Das können wir für unser Geld hier auf dem Platze haben und Strohhalme dazu."

„Ich muß Dich in meiner Wohnung sprechen."

„Ah, sans masque? Ich werde mich hüten! Ich sage Dir kein Wort, ich folge Dir auch nicht! Bildest Du Dir denn ein, daß ich Lust habe, meinen Hals zu verlieren? Nein, bester Römer!"

„Du weißt, um was es sich handelt. Kannst Du mir in der Sache Licht geben?"

„So viel Licht, als bei einer so obscuren Angelegenheit möglich ist, aber nur gegen die besten Garantien. Du mußt unverletzlich meine Person hält Du für die Wahrheit meiner Aussagen Bürge sein, also mußt Du Deine Person und Dein Vermögen nach Bürge werden, daß Du mich nie verrathst, am wenigsten Deiner F[illegible] und einem Gewissen, ferner, daß Du mich schriftlich [illegible] dem verpflichtest, was ich für gut halte, um die Angelegenheiten zu beenden!"

„Aber zu meinen Gunsten zu beenden!"

„Das wird von Deiner Klugheit abhängen! Jedenfalls ohne meine Hülfe!"

„Ich gehe darauf ein, komm!"

„Noch nicht. — Geh' nach Hause und unterzeichne diese Schrift." Er reichte sie Lucium. — „Bringe sie mir von Verner's Haus zu der Heilapelle, dann werde ich Dich an einen Ort führen, wo Du Alles wissen sollst."

„Gut, gut!" — Der Barum eilte mit dem Papier in sein Haus, auf sein Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

stand war so herb, daß sie ihm zwei Ordnungsrufe seitens des Präsidenten eintrug.

Schließlich beschäftigte sich der Reichstag noch mit den Anträgen Rintelen und Lenzmann, die im Wesentlichen das Wiederaufleben der vorjährigen Justiznovelle bezwecken, vor allem die Wiedereinführung der Berufung enthalten. Die Specialberathung soll ohne Commission im Plenum vorgenommen werden, aber für das Zustandekommen des Entwurfs in dieser Session ist bei der ablehnenden Haltung der Regierung wenig Aussicht vorhanden. Die nächste Sitzung findet erst Montag statt.

17. Sitzung. Freitag, 14. Januar 1898.

Präsident **v. Buol** eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Ein schleuniger Antrag v. Kardorff und Genossen wegen einer gegen den Abg. Frhrn. v. Stumm schwebenden Beleidigungsklage wird debattelos angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Civilprozeßordnungsdatte.

Abg. **Beckh** (freis. Vp.): Der vorliegende Entwurf stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der geltenden Gesetzgebung dar. Freilich geht er in vielen Punkten nicht weit genug. Ganz unhaltbar ist die Regelung bezüglich der Zulassung der Rechtsconsulenten; auch die Gerichtskosten, die jetzt in ihrer Höhe das ganze Budget für das Gericht übersteigen, müssen gründlich reformirt werden. Durchaus erklären muß ich mich natürlich gegen jede Beschränkung der Revisionsmöglichkeit durch Erhöhung der Revisionssumme.

Hierauf wird die Debatte geschlossen; der Entwurf wird an die 6. Commission verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des von den Abg. v. Salisch und Genossen (cons.) eingebrachten Gesetzentwurfes, betr. die Aenderungen des Vereidigungsverfahrens.

Abg. **v. Salisch** (cons.): Die Heilighaltung des Eides hat bei uns bedeutend nachgelassen; das kommt daher, daß bei uns viel zu viel geschworen wird. Der vorliegende Entwurf bezweckt eine Verminderung der Eidesleistungen überhaupt, und dadurch auch der Meineide; dann wird es wieder möglich sein, daß der Eid in ruhiger, feierlicher Weise abgenommen wird. Ferner wünschen wir, daß der Nacheid an die Stelle des Voreides trete; zum Ausgleich hierfür müßte eine Bestrafung für wissentlich falsche Aussagen eingeführt werden. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen und schlage Ueberweisung an die 6. Commission vor. (Beifall rechts.)

Abg. **Lenzmann** (freis. Volksp.): Sowohl der Nacheid, wie der Gesammteid hat durchaus unsere Sympathieen. Beide können nur dazu beitragen, die Bedeutung des Eides überhaupt zu heben und so zur Erforschung der reinen Wahrheit beizutragen. Dagegen kann ich der Beschränkung der Eidesleistung nicht in allen Punkten das Wort reden; der Eid darf nur dann unterbleiben, wenn beide Parteien damit einverstanden sind. Auch an der bisherigen Form der Eidesleistung vor den Geschworenen möchte ich nichts geändert wissen. Es giebt leider gewissenlose Richter, die keinem Socialdemokraten einen wahren Eid zutrauen und Socialdemokraten am liebsten stets vom Eide ausschließen wollen; schon deshalb müssen wir verlangen, daß die Vereidigung erfolgt, wenn eine der Parteien es verlangt, gegen eine Bestrafung der unbeeidigten Aussage vor Gericht habe ich nichts einzuwenden. Nur meine ich, daß diese Bestimmungen besser in das Strafgesetzbuch eingefügt werden.

Abg. **Rintelen** (Centrum) erklärt sich gleichfalls mit dem Antrag einverstanden.

Abg. **Pieschel** (natl.) erklärt sich mit dem Nacheid einverstanden, die dem böswilligen Richter das Geschehenlassen eines Meineides erschwert. Gegen die Zusätze zu § 52 (Verweigerung des Zeugnisses von Seiten Geistlicher, Rechtsanwälte 2c.) erheben sich gewisse Bedenken; für diese heikle Materie muß noch eine andere Fassung gefunden werden.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Ich möchte das Hauptgewicht meiner Ausführungen auf die Verhütung der Meineide legen. Der Standpunkt unserer Partei zur Meineidsfrage dürfte Ihnen bekannt sein. Für uns besteht die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, eine Pflicht gegen die Allgemeinheit, ohne Rücksicht auf die Religion. Die Statistik zeigt Ihnen, daß in den Wahlbezirken der Agrarier die Procentzahl der Meineide die größte ist (Ostpreußen 1,60, Westpreußen 0,92); wo die Socialdemokratie Bildung und Gemeinsinn verbreitet, da ist diese Procentzahl am geringsten. Und trotzdem giebt es, wie auch der Abg. Lenzmann richtig hervorhob, Richter, die da glauben, daß Socialdemokraten dem Eide anders gegenüberstehen, als andere Menschen. Es ist also durchaus nothwendig, daß bei der Eidesleistung nicht nach politischen und religiösen Anschauungen gefragt wird.

Vor Allem müssen die Zeugen vor Meineid geschützt werden; die Möglichkeit hierzu liegt heute in der Hand des Richters, auf dessen guten Willen man sich keineswegs verlassen kann. Da hat z. B. kürzlich ein Richter bei einer ganz nebensächlichen Sache — es handelte sich um einen Topf Wasser, der aus dem Fenster entleert wurde, und um ein Schimpfwort „schwarze Hexe", das eine Frau der andern nachgerufen — einen Zeugen dadurch zu einem Meineid veranlaßt, daß er ihm eine mit der Sache in gar keinem Zusammenhang stehende Frage vorlegte, über die er selbst sich bereits anderweitig informirt hatte. Und dieser Richter ist ein Mitunterzeichner des Antrags Salisch!! Die Möglichkeit, einen solchen Fall zu verhüten, liegt bereits heute vor, sie soll aber in Zukunft zu einer Nothwendigkeit gemacht werden. Der Richter soll einfach Pflicht sein, dem Zeugen mitzutheilen, welche entgegenstehenden Aussagen bereits gemacht sind; und es soll ihm verboten sein, Fragen zu stellen, die mit der Sache in keinem Zusammenhang stehen. Der Richter, der sich hierin einen Verstoß zu Schulden kommen läßt, soll wegen Amtsmißbrauchs bestraft werden. Moralisch steht ein Richter, der einen Meineid nicht verhindert, nicht höher, als ein Anstifter zum Meineid.

In einem anderen Urtheil heißt es, trotzdem der Angeklagte freigesprochen werden mußte, daß das Gericht den Aussagen zweier Zeugen, die zu Gunsten des Angeklagten ausgesagt hatten, keinen Glauben geschenkt habe, weil diese als Genossen den Angeklagten nicht fallen lassen würden, weil sie auch Socialdemokraten wären und man wisse, daß gerade die Socialdemokraten den Meineid unter Umständen für entschuldbar halte. Was geht den Richter die Parteizugehörigkeit an? und wie kann es geschehen, daß ein Richter einem Zeugen von vornherein keinen Glauben schenken will, obgleich nicht das geringste Belastungszeugniß vorliegt. Solchen Handlungen gegenüber genügt kein Pfuiruf, solche Sinnesrohheiten müssen bestraft werden können. (Unruhe rechts.) Je weniger fähig, gebildet, frei in seinen Anschauungen ein Richter ist, um so eher kann er glauben, ein Werkzeug gegenüber bestimmter Parteien sein zu sollen. Heute soll es dem Richter zustehen, die Zeugen wegen Unglaubwürdigkeit nicht zu vereidigen. Wer hat aber das größte Interesse, daß die Wahrheit gesagt wird. Doch der Angeklagte. Er muß also auch die Vereidigung beantragen dürfen. Man will weiter die Vereidigung in die nicht öffentliche Voruntersuchung legen. Es ist da leicht möglich, daß der Angeklagte vom Richter verwirrt gemacht wird; das heißt doch direct zum Meineid anstiften. Warum sind, wenn die Meineide vermindert werden sollen, nicht die Spitzelparagraphen einbezogen worden. Die Beamten berufen sich auf den § 53, wenn sie etwas verschwiegen haben, was sie hätten sagen müssen und geben vor, sie hätten es im Interesse des Dienstes verschweigen zu müssen geglaubt. Redner erinnert an den kürzlich erst passirten Fall aus Schlesien, wo der Gendarm fortgesetzt mit Anzeigen gegen einen politisch verdächtigen Mühlen-Werkführer vorging und dabei des Meineids von dem Arbeiter bezichtigt wurde. Nicht der Gendarm wurde wegen Meineids angeklagt, sondern der Arbeiter wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Er wurde deshalb freigesprochen, aber wegen Nöthigung zu vierzehn Tagen verurtheilt. Fünfzig Procent der Bevölkerung jener Gegend sind trotzdem der Meinung, daß zwischen dem Beziehen von Tagegeldern und den Aussagen mancher Gendarmen ein gewisser Zusammenhang besteht.

Die Zeugen müssen auch gegen allzulanges Warten, das sie matt und seelisch gebrochen macht, geschützt werden. Häufig bringt der Staatsanwalt die Zeugen in Verwirrung, er beleidigt und beschimpft sie, weil er nicht der Disciplin des Vorsitzenden untersteht. Schließlich will der Antrag Salisch eine neue Strafbestimmung für unwahre unbeeidigte Aussagen einführen. Auch heute schon sind solche Aussagen zu Gunsten des Angeklagten wegen Begünstigung strafbar. Meine Auffassung ist die: Da nicht geleugnet werden kann, daß es auch böswillige Richter giebt, muß der Zeuge davor geschützt werden, daß er falsch verstanden, falsch behandelt und verwirrt wird von Seiten des Gerichts. Die Fülle der Meineide wird erst dann verschwinden, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich jener vorgeschrittensten aller politischen Parteien angeschlossen haben wird, die das Aussprechen der Wahrheit als Pflicht im Interesse der Allgemeinheit hält, zumal vor Gericht, wenn es sich um die Freiheit eines Nebenmenschen handelt. Sorgen Sie weiter dafür, daß gediegene Bildung in die Kreise der Bevölkerung kommt, aus denen heraus die meisten Meineide geleistet werden. Bestellen Sie Männer als Richter, die die Sprache des Volkes verstehen und unabhängige Gesinnung haben, so daß sie sich nicht als politisches Kampfmittel verwenden lassen. Dem Vorschlag, den Voreid durch den Nacheid zu ersetzen, ist auf allen Seiten Zustimmung geworden. Bemühen wir uns in der Commission, ihn von den übrigen Theilen des Antrags loszulösen und durchzuführen. (Bravo bei den Sozialdemokraten).

Präs. **v. Buol**: Der Abg. Stadthagen hat den Deutschen Richterstand nicht nur als schlecht, sondern auch als böswillig schlecht bezeichnet. Ich rufe den Abg. Stadthagen wegen seines Ausdruckes zur Ordnung. (Bravo rechts und im Centrum.)

Abg. **v. Levetzow** (cons.) ruft den Schutz des Präsidenten an für ein nicht anwesendes Mitglied des Hauses, auf das der Vorredner deutlich hingezielt.

Präs. **v. Buol** will noch das Stenogramm der Rede abwarten.

Abg. Graf **Bernstorff**-Lauenburg (Reichsp.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Dr. **v. Buchka** (cons.) will dem Abg. Stadthagen auf seine unqualificirbaren Angriffe nicht erwidern, schließt sich dem Antrage Salisch an.

Die Discussion ist geschlossen.

Der Antrag wird der 6. Commission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des vom Abg. Dr. Rintelen eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes, betr. Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung in Verbindung mit der ersten Beratung des von den Abg. Lenzmann, Munckel eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. Aenderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung. Es handelt sich im Wesentlichen um die Wiederaufnahme der Justiznovelle aus der letzten Session, um die Wiedereinführung der Berufung und der damit verbundenen Besetzung der einzelnen Instanzen; während der Antrag Rintelen ein Compromiß für die Besetzung der Strafkammern gegenüber der vorjährigen Justiznovelle enthält, indem er die Besetzung der Strafkammern gemeinhin mit 3 Richtern, nur bei qualificirten Verbrechen mit 5 Richtern verlangt, fordert der Antrag Lenzmann durchgängig die Besetzung der Strafkammern mit 5 Richtern.

Abg. **Rintelen** (Centr.): Wir haben ein Compromiß vorgeschlagen, weil wir auf die Zustimmung der Regierung hoffen. Der Antrag Lenzmann ist fast gleichlautend mit dem unsrigen. Der frühere Entwurf ist fast drei Jahre in der Commission berathen worden; ich beantrage daher, die zweite Berathung gleich im Plenum vorzunehmen.

Abg. **Lenzmann** (freis. Volksp.): Bei der Erschwerung des Wiederaufnahmeverfahrens ist die Wiedereinführung der Berufung um so nothwendiger. Die Volksvertretung soll dem Willen des Volkes nachkommen, das gebieterisch die Berufung verlangt.

Abg. **Dr. v. Buchka** (cons.) glaubt nicht, daß der Antrag zum Ziele führen wird; vor der Agitation der Freisinnigen ist ihm nicht bange.

Abg. **Dr. Pieschel** (natlib.) wünscht, den Antrag auf ruhigere Zeiten zu verschieben; in dieser Session wird aus der Sache doch nichts werden.

Abg. **Werner** (antis.) tritt für den Antrag Rintelen ein. Er vermißt noch die Beseitigung des Zeugnißzwanges für Redacteure.

Abg. Graf **v. Bernstorff-Lauenburg** (Reichsp.): Es muß versucht werden, zu einer Einigung mit der Regierung zu gelangen; unsere große Justizreform wäre im andern Falle unvollständig.

Abg. **v. Strombeck** (Centr.): Ich bin dafür, daß wir in einigen Punkten der Regierung nachgeben, damit die Wohlthat der Einführung der Berufung nicht noch auf Jahre hinaus der Bevölkerung vorenthalten wird. In vielen Fällen wird die Revision vom Reichsgericht wegen Unvollständigkeit des Protocolls verworfen. Das mündliche Verfahren in allen Ehren, aber es giebt Fälle, die absolut klar liegen, und in denen das Contumacialverfahren geradezu eine Wohlthat für den Angeklagten ist, da er dann der Unannehmlichkeit entgeht, daß die Presse ausführlich über eine kleine Uebertretung berichtet. Kurz, Reformen sind überall nothwendig. Hoffentlich wird durch Nachgiebigkeit auf beiden Seiten eine Einigung erzielt.

Abg. **Stadthagen** (Soc.): Für eine Verbesserung der Rechtspflege sind wir selbstverständlich. Der Entwurf enthält zwar eine Anzahl Verbesserungen, aber auch Verschlechterungen. Eine gute, mit allen Garantieen umgebene erste Instanz ist besser als zwei Instanzen ohne diese Garantieen. Nicht durch die Nachgiebigkeit des Reichstages sollte etwas erreicht werden, sondern der Reichstag muß hart bleiben. Mit fiscalischen Gründen darf die Regierung bei Justizreformen garnicht kommen, da Hunderte von Millionen zum Schutz der Bürger im Ausland verwendet werden sollen. Vor Allem müssen die Richter unabhängig von allen politischen Verwaltungsbehörden werden. Wir wollen auch Laienrichter, aber nicht wie jetzt siebenmal gesiebte, sondern aus allen Theilen der Bevölkerung. Damit hätten wir mehr für die Rechtssicherheit erreicht, als mit den kleinen Mitteln des Antrages. Eine Commissionsberathung ist eigentlich überflüssig, wir können bei der zweiten Lesung im Plenum unsere Beschwerden vorbringen und wankelmüthigen Abgeordneten das Rückgrat steifen. Der Bürger muß in Deutschland wenigstens den 100sten Theil des Schutzes finden, den der Bürger im Auslande, in Haiti z. B., hat. Wir dürfen der Regierung im Interesse einer guten Rechtspflege nicht um ein Titelchen nachgeben. (Bravo! bei den Soc.)

Abg. **Beckh** (freis. Volksp.) will dagegen eine Einigung mit der Regierung über diese Frage versuchen.

Damit schließt die erste Lesung.

Abg. **Gröber** (Ctr.) beantragt Ueberweisung an eine Commission; diese wird aber abgelehnt. Die zweite Lesung findet also im Plenum statt.

Präsident **v. Buol**: Der Abg. Stadthagen hat in seiner Rede zum Antrag Salisch zwei Rechtsfälle behandelt, die er dem zwölften Unterzeichner (d. i. Abg. Himburg) zuschreibt. Am Schlusse sagte er, solcher Behandlung gegenüber genüge es nicht, gesittet Pfui zu sagen, sondern es sei nöthig Strafbestimmungen, gegen derartige Rohheiten der Gesinnung zu erlassen. Diese Worte enthalten eine schwere Beleidigung gegen ein Mitglied des Hauses, und ich muß den Abg. Stadthagen nochmals zur Ordnung rufen. (Beifall.)

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Lesung des Etats.

Schluß 6 Uhr.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

In München wurde Nummer 2 des „Süddeutschen Postillons" wegen angeblicher Majestäts-Beleidigung confiscirt, die in einer Carikatur Napoleons III. aus dem Jahre 1868 gefunden wurde. Auch in der Expedition der „Leipziger Volkszeitung" wurden 13 Exemplare der fraglichen Nummer auf Veranlassung des Landgerichts München I beschlagnahmt.

(Ende der Rubrik: Politische Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Vom englischen Maschinenbauerkampf ist heute nur soviel zu berichten, daß weitere Kündigungen erfolgt sind in **Wolverhampton, Leeds und Manchester.** Die englische Admiralität hat fünf Torpedojäger an Privatwerften in Auftrag gegeben; auf den Werften von Portsmouth wird jetzt je eine Stunde Ueberzeitarbeit geleistet. Das zeigt jedenfalls, daß die Arbeit drängt und es wäre nur zu wünschen, daß dieser langwierige Kampf endlich zu einem Ende käme.

Die ausgesperrten Former und Kernmacher des Geraer Maschinenfabrik und Eisengießerei, vormals A. Kühn, setzen ihren Kampf unverändert fort.

Aus aller Welt.

Berliner Magistratsfest. In der letzten Neujahrsadresse des Berliner Magistrats an den Kaiser heißt es wörtlich: „Weit tragender elektrischer Wellen ferne Wirkungen lernte das Zeitalter erkennen und ferner Völker politische Bewegungen rufen den Durchlauchtigsten Hüter des Reiches zu weitschauender Sorge." Dieses stabreimigen Gestammels schwülstiger Schwalg beschwört der Berliner Bevölkerung Erinnerung herauf an den zeitlos „zuckenden Erdball", der einst durch einer früheren Adresse tönendes Longebimmel rastlos rollte, bemerkt dazu die „Volks-Ztg.". Solcher seltenen Adressen-Anrichter — Verfasser sagt man in Prosa — ist der städtischen Schulen Chef, der Philosophie Dr., der Wissenschaften Professor und der Regierung Geheimer Rath Bertram.

Bei einer Explosion in der englischen Gasanstalt in Schöneberg bei Berlin haben am Donnerstag Vormittag halb 9 Uhr drei Arbeiter ihren Tod gefunden. Drei andere sind lebensgefährlich verletzt worden.

Ein Primaner der Realschule in Eisenach hat sich in einem Anfalle von Geistesstörung erschossen. Vor einigen Jahren hatte sein älterer Bruder in gleicher Weise seinem Leben ein Ende bereitet.

Unheil durch einen tollen Hund. 27 von einem tollen Hund in Triest gebissene Personen wurden am Dienstag nach Wien gebracht.

Infolge sträflicher Sorglosigkeit eines Stations-Aufsehers fand am Donnerstag in Ungarn auf der Linie Miskolcz-Fülek bei der Station Feled ein Zusammenstoß zweier Lastzüge statt. Dabei sind drei Personen getödtet, ein Locomotivführer schwer und ein Zugführer und ein Gepäckschaffner leicht verletzt worden. Drei Locomotiven und 22 Wagen sind entgleist. Die Schuldigen wurden dem Gericht übergeben.

Schiffsunglück. Bei Lökken auf Jütland ist ein Schiffsboot, das den Namen „Otto von Sillis" trägt, mit zwei Cajütenthüren und weiteren Schiffstrümmern angetrieben. Man befürchtet, daß es sich um den Verlust eines deutschen Trawlers handelt.

London, 13. Januar. Der neue Stahldampfer Lady Furneß, 3158 Tonnen, auf der Reise nach Singapore, ist mit vierzig Mann Besatzung verschollen.

Waldbrände haben, wie aus Melbourne telegraphirt wird, in der ganzen Colonie Victoria, besonders im District Gippsland, sehr großen Schaden angerichtet. Zwei Townships sind vom Feuer verwüstet. Hunderte von Ansiedlern sind obdachlos. Die Verluste an Vieh sind bedeutend.

Die furchtbaren Verheerungen, von welchen die Insel Amboina (zur Molukkengruppe gehörig) am 6. Januar in Folge eines Erdbebens heimgesucht worden ist, schildert nach der „Voss. Ztg." ein am Mittwoch in Amsterdam eingegangener amtlicher Bericht. Die Hauptstadt Ambou ist beinahe vollständig zerstört, 50 Menschen, darunter 10 inländische Soldaten sind todt und mehr als 200 verwundet; die Offiziere mit ihren Familien blieben verschont und auch das vor der Stadt vor Anker liegende Dampfschiff „Arend" wurde nicht beschädigt.

Neueste Nachrichten.

Ein neuer Angriff auf das Coalitionsrecht?

Dem „Vorwärts" geht von „unbekannter Seite" ein vertrauliches Actenstück an die Ministerien der Einzelstaaten zu, in welchem Graf Posadowsky im Auftrage des Reichskanzlers unterm 11. December darauf hinweist, daß in letzter Zeit die Frage in der Oeffentlichkeit lebhaft erörtert worden ist, ob nicht angesichts der durch die Arbeiterbewegungen der letzten Jahre gelieferten Erfahrungen von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der Coalitionsfreiheit zu verlangen sei. Es scheine jetzt geboten, zu prüfen, ob sich nicht das Bedürfniß herausgestellt habe, bei Arbeiterausständen den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigung und Einschüchterung seitens der Ausständigen einen kräftigeren Schutz als bisher zu leihen. Graf Posadowsky ersucht um Beantwortung verschiedener Fragen, die sich auf jenes Bedürfniß beziehen, um nöthigenfalls die weiteren Verhandlungen früh genug abschließen zu können, damit dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten eine neue Vorlage gemacht werden könne.

Also gegen den letzten traurigen Rest des Coalitionsrechtes der Arbeiter soll nun der Angriff der Reichsregierung gerichtet werden? Da gilt es, auf dem Posten sein — eine bessere Parole für die Reichstagswahlen kann sich die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands nicht denken, als diejenige, welche nunmehr ertönen wird: Auf zur Vertheidigung unseres höchsten und wichtigsten Rechtes, der Vereinigungsfreiheit!

Rom, 15. Januar. Ein furchtbarer Sturm hat gestern auf und bei der Insel Sardinien gehaust; der am Häusern und Feldern angerichtete Schaden ist enorm. Es wird befürchtet, daß auch viele Schiffsunfälle vorgekommen sind, weil sich nur ein Theil der auf hoher See befindlichen Fahrzeuge in den Hafen retten konnte.

Paris, 15. Januar. Der Justizminister wird der Gerichtsbehörde den Befehl zur Einleitung der strafgerichtlichen Verfolgung Zolas ertheilen. Die Klage des Kriegsministers im Namen der militärischen Autoritäten, sowohl im Einzelnen wie collectiv, ist dem Justizminister bereits zugegangen.

Für die nächsten Tage sind große Manifestationen gegen das Dreyfussyndikat geplant, die theils aus Volksversammlungen, theils aus Straßendemonstrationen bestehen sollen. Diese Manifestationen gehen von den Antisemiten und den Ueberresten der ehemaligen Patriotenliga aus.

Der „Temps" wird demnächst einen Protest fast aller Mitglieder der wissenschaftlichen Institute Frankreichs zu Gunsten Dreyfus veröffentlichen. Das Schriftstück wird über 500 Unterschriften tragen.

London, 14. Januar. Die Maschinenbauer haben heute Abend ein Manifest erlassen, in welchem sie ihre Bereitwilligkeit erklären, die Stundenfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Dagegen werden sie das Recht in Anspruch nehmen, bei der Regelung von Differenzen, welche die Ueberstunden betreffen, direct vertreten zu sein.

Glasgow, 14. Januar. Die große Fairfield Shipbuilding Company hat heute beschlossen, das erste Viertel ihrer Leute auszusperren. Eifrige Bemühungen der Union, die Gesellschaft dahin zu bringen, daß sie weitere Aussperrungsmaßnahmen treffe, scheinen darauf hinzudeuten, daß dies mit finanziellen Zwecken verbunden ist.

Breslau, 15. Januar. Wieder einer! Wegen Mißhandlung und Beleidigung des Droschkenkutschers Sander verurtheilte heute die I. Strafkammer den Schutzmann Krause zu 6 Monaten Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr und 2 Wochen Gefängniß beantragt.

Stadttheater.

Sonnabend:
Festvorstellung zur Feier des 100jährigen Bestandes des Breslauer Stadttheaters.
bei festlicher Beleuchtung:
Prolog. Hierauf:
„Minna von Barnhelm“.
Sonntag, Abends 7¼ Uhr:
„Tannhäuser“.

Lobetheater.

Sonnabend:
„Der Zigeunerbaron“.
Sonntag, Nachmittag 3½ Uhr:
„Hans Huckebein“.
Abends 7½ Uhr: **Bartel Turaser.**

Thalia-Theater.

Sonntag: **„Inspector Bräsig“.**
Der Billetvorverkauf für diese Vorstellung findet am Sonnabend, von 10 bis 3 Uhr im Cigarrengeschäft des Herrn Gustav Schössler, Ring Nr. 10/11 (Eing. Blücherplatz), statt.

Brauerei Gebr. Roesler.
Heute, sowie täglich:
Grosse Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Kein Schund, 2914
sondern feste und dauerhafte, reelle
Schuh-Waaren
empfiehlt zu zeitgemäßen Preisen
E. Graebsch,
Schuhmacher-Meister,
Scheitnigerstr. 19, i. weißen Hirsch.
Reparaturen u. Bestellungen nach Maaß werden prompt ausgeführt.

Emaillirte Blech-Geschirre 3022
in guter Qualität —
keine Ausschusswaare
Gerade Töpfe

¼	½	¾	1	1½	2½ Ltr.
22	30	36	40	52	85 Pf.

Andere u. grössere entsprech.
Kannen 6 Liter 1.25 Mk.
8 „ 1.35 „
Eimer 24 26 28 cm
1.00 1.10 1.20 Mk.
Herz & Ehrlich
Breslau.
Preislisten gratis und franco.

Künstl. Zähne und Plomben. Theilzahl. bem. Reparaturen w. in kurz. Zeit angef. Plomben, Zahnziehen ꝛc.
W. Breger Matthiasstr. 4. II. vis-à-vis d. Oderthurm. 3036

Meine
Restehandlung
befindet sich jetzt nur 3037
Schmiedebrücke 60
erstes Viertel vom Ringe
vis-à-vis von Raschkow.
Täglich Eingang v. Neuheiten
M. Tichauer.

Vorzüglich Sauerkraut
in 1, 2 Pfund-Dosen
Gänse-, Enten- und Hühner-Schmalz.
Gänse-Fett . von 4.50 Mk. an
Gänse-Schmalz von 7.— Mk. an
Kernschmalz . von 5.— Mk. an
Rindfett . . von 6.50 Mk. an
mit Zucker, Fett- und Gewürzhandl. zu bester billigster Preise empfiehlt 2958
August Breuer,
Nicolaistrasse 18/19.

An die Holzarbeiter!

Montag, den 17. Januar 1898, Abends 7½ Uhr:

General-Versammlung

der
Zahlstelle Breslau des deutschen Holzarbeiter-Verbandes
im **Café-Restaurant,** Carlsstraße 37.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897.
2. Jahresbericht der Verwaltung.
3. Festsetzung der Entschädigung für den Bevollmächtigten.
4. Neuwahl der Lokal-Verwaltung. 3039
5. Verschiedenes.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Die Lokal-Verwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Montag, den 17. Januar, Abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Schütz über die „Waarenhäuser“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Eine Anzahl Mitglieder ist in der Rückgabe der Bibliotheksbücher sehr saumselig, es wird daher um baldige Ablieferung der entliehenen Werke ersucht.

Die **Generalversammlung findet Sonntag, den 23. ds. Mts., Nchm. 4 Uhr, Friedrichstraße 75** statt. Folgende Anträge sind hierzu gestellt worden: „Die unterzeichneten Mitglieder beantragen eine Aenderung des § 7 des Statuts“. Dieser Paragraph erhält folgende Fassung: „Der Vorstand besteht aus vier Personen, 1 Vorsitzenden, 1 Kassirer, 1 Schriftführer, 1 Bibliothekar“. Ein weiterer Antrag lautet: „Die Entschädigung der Vorstandsmitglieder wird auf 30 Pf. pro Abend festgesetzt.“
Der Vorstand.

Neueste Dampf-Bettfeder-Reinigungs-Anstalt
reinigt täglich Federn. Betten werden auf Wunsch abgeholt. Alte Federn werden wie neu.
A. Damzog,
Sonnenstrasse No. 21. 3047

Ohlau.
Zu dem am
Montag, den 17. Januar,
im weißen Roß bei Herrn **Ernst Bede** stattfindenden großen
Bockfest
sind die Gönner hiermit freundlichst eingeladen.

Arbeiter-Hemden, engl. Leder- und Zwirnhosen, blaue waschechte Blousen, gestrickte Westen.
G. Völkel
vorm. **C. Griebsch,** 1965
Friedrich-Wilhelmstr. 20.

Genossen
kauft **Uhren und Goldwaaren** bei **E. Neumann,** Klosterstr. 11.
Massiv goldener Ringe.
Stück **3 Mark.** 2891
Eigene Reparatur-Werkstatt.

Grz. nachverzollt Einbend. des Betrages v. **50 Pfg.** liefert
1 Medaillon m. Stempel.
1 Partenom. m. Stempel
1 M. Zahnbürste v. 3 M.
fl. Druckerschwärze nur **1,50 M.** an, feinste **Rengr.** (Schell.) in neuen Farben bei
M. Hübsch,
Breslau, Friedrichstraße 17
2846 Ecke Ring.
Stempel u. Schablonenfabrik
Preise gratis u. franco.

J. Kaluza,
Schuhmachermstr.
Hirschstr. 17,
empfiehlt sein großes Lager von
Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Kanarienzüchter!

Charpie Pfd. 0.60 Mk.
Kaiserfutter mit Mischung, Pfd. 0.50.
Ia. Ia. Sommerrüben Pfd. 0.20 Mk.
Futterkalk 2 Stück 0.15 Mk.
A. David,
Ohlauerstraße 32 3043
Breithaupt. Cressbandlung.

Polizei-, Jagdpfeifen, Lockpfeifen, Adler-Knaupel-Spielhähne und Instrumente sowie alle Arten **Leiern, Harmonikas** ꝛc. ꝛc. in großer Auswahl bei mir in Folge Erfahrung u. Lebensjahre [illegible] billigst. Alle Reparaturen führe ich mit bester Fachmann unter Garantie prompt und billig aus.
Ehestandsgeschenk.
Ferd. Martel
Breslau, Barbarastraße 51.

Zum billigen Schuh- und Stiefel-Lager
2931
Große Groschengasse 14,
vorm. **Winter.**

Nähmaschinen
neue 45, 50 u. 60 Mark
wenig gebrauchte 25, 30 und 35 Mark.
S. Freund
Breitestraße 4/5.

Städtischer Arbeitsnachweis.
In unserem Bureau — Breitestraße 35 — werden Stellungen für **männliche und weibliche Personen aller Berufszweige** (einschließlich Dienstboten) **kosten- und gebührenfrei** nachgewiesen.
Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Dienstboten werden auf diese gemeinnützige Einrichtung aufmerksam gemacht und ersucht, von derselben Gebrauch zu machen. 3021
Breslau, den 12. December 1897.
Der Ausschuß des städt. Arbeitsnachweises.

Central-Verband der Töpfer Deutschlands, Filiale Breslau. Jeden Sonnabend nach dem ersten und fünfzehnten jeden Monats Mitglieder-Versammlung sowie jeden Sonnabend Zahlabend im Hôtel de Silésie, Mäntlergasse Nr. 16.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Sonnabend, den 15. Januar

Sektion der **Stroh- und Filzindustriearbeiter und Arbeiterinnen.** Vereinsabend Sonnabend Abends von 8—10 Uhr im Vereinslokal „rothen Löwen“, Kupferschmiedestraße 21.

Verband der **Gold- u. Silberarbeiter** und verwandten Berufsgenossen. Zahlabend „Bär auf der Orgel,“ Kupferschmiedestr. 39.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Breslau. Vereinsabend Abends 8 Uhr, Heinrichstraße 5, Jaensch Brauerei, jeden Dienstag Abends 8 Uhr, Herrenstraße Nr. 19, Heider's Brauerei.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Sektion der Klempner.) Abends 8 Uhr Zahlabend im Local des Herrn Jabel [illegible] 15. — Auskunft der Bibliothekarin.

Verband der in Buchbindereien u. in Papierwaaren beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Breslau.) Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Restaurant „Grüner Berger“ Kupferschmiedestraße 8, Arbeitsnachweis bei Georg Fuchs, Neue Junkernstr. 1. Stellenausgabe Mittags 1—1½ Uhr und Abends 7—8 Uhr, Herberge „drei Raben“ Neumarkt 8.

Verband **deutscher Lederarbeiter,** Zahlstelle Breslau. Zahlabend jeden 1. u. 3. Sonnabend eines Monats von 8 Uhr ab bei Förster, Graubenstraße 4.

Centralverein **Deutscher Deutschlands.** Zahlstelle Breslau. Kassenstunde: Jeden Sonntag nach dem 1. Rechnungs 4 Uhr im „3 Raben“, Neumarkt Nr. 8.

Central-Verein der **deutschen Former** (Zahlstelle Breslau.) Jeden ersten Sonntag im Monat Mitglieder-Versammlung in den „3 Raben“ am Neumarkt, Nachmittags 4 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Allgemeiner). Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Café National, Blücherplatz Nr. 16.

Verband der **Sattler, Tapezierer und verw. Berufe,** Zahlstelle Breslau. Mitglieder-Versammlung, Sonnabends nach dem 1. und 15. jeden Monats im Restaurant „Grüner Berger“, Kupferschmiedestraße 8. Arbeitsnachweis bei Karl Ditz, Gabitzstraße 65a. Mittags von 12—1 Uhr, Abends von 6—7½ Uhr.

Central-Kranken-Kasse der Tischler. Zahlabend jeden Sonnabend Abend bei Heider's Brauerei, Herrenstr. 11.

Freie Religionsgemeinde. Gottesdienst Sonntag, 6. Sonntag, den 16. Januar, Vormittags 10 Uhr Predigt: Herr Tischler.

Mainz, den 11. Januar:

Gesellschaft. Verein für Freidenker und Freigeister. Abends von 8—10 Uhr: Zusammenkunft. Vereinslokal: „Zu den drei Raben“, Neumarkt 8.

Gesangs-Garten- und Stadtchöre der deutschen Bäcker. Gesangslocal Herrenstraße 8.

Jesus von Nazareth.
Historische Studie
von
Georg Lommel
19. Auflage.
Preis 30 Pfennige.
Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes und sämmtlichen Buchhandlungen.

Etablissement „Tivoli“, Neudorfstraße 35.
Sonntag, den 23. Januar 1898:
Großes Tanz-Kränzchen
veranstaltet vom
Deutschen Korkarbeiter-Verband (Zahlstelle Breslau).
In den Pausen: 3048
Humoristische Vorträge.
Entrée im Vorverkauf: Herr incl. Dame 50 Pf., einzelne Dame 25 Pf. an der Kasse: Herr incl. Dame 60 Pf., einzelne Dame 30 Pf.
Anfang 5 Uhr.
Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Hirschleder-Hosen
stets auf Lager und fertigt nach Maaß 2782
A. Würdig, Weißgerbergasse 61.

Hamburger Parteitags-Protokoll.
Zu beziehen durch die
Expedition der „Volkswacht.“

Getreide-Kornbranntwein
vorzügliche Qualität, offerirt einem geehrten Publikum en détail und en gros zu billigen Preisen
die Dampfbranntwein-Brennerei 2942
Robert Schumm
Scheitniger-Straße 20 (Ecke Hirsch-Straße.)

Bau- u. Möbel-Tischlerei
von
Hugo Wagner
Tischlermeister
28 Gräbschenerstr. 28.
Ausführung sämmtlicher Bau-Arbeiten.
Complette Möbel
sowie 2964
Küchen-Einrichtungen.

Bei Husten und Heiserkeit
und allen Hals- u. Mundkrankheiten werden Schlossarek's
2892
Eucalyptus-Bonbons
nach ärztlicher Vorschrift bereitet, bestens empfohlen. Sie beseitigen üblen Geruch und Geschmack im Munde und wirken sehr erfrischend. Zu haben in Dosen à 40 Pf., in Beuteln à 20 Pf. bei **Theodor Schlossarek,** Moltkestr. 13, Adalbertstr. 2, Ring 52, ferner in der **Adler-Apotheke,** Ring 59, Ecke Oderstr., **Aesculap-Apotheke,** Ohlauerstr. 3, an der Kornecke, **Kaiser-Wilhelm-Apotheke,** Kaiser-Wilhelmstr. 17, bei **Gust. Eckstein,** Klosterstrasse 37, **Ed. Gross.** Neumarkt 42, **Friedr. Hickmann,** Kaiser Wilhelmstr. 11, **Schwan-Apotheke,** Brüderstrasse 53, **F. Neugebauer,** Friedrich-Wilhelmstr. 2 und Gräbschenerstrasse 17.

Für Herren.		Für Damen.	
Gamaschen,	7,50	Gamaschen	5,00
Ilsahlig, glatt, fest elegant mit Besatz	7,50	Knopfstiefel	6,50
vorzügl. Rosfieber	8,50	Gefütterte Gamaschen	6,00
Filzstiefel	6,00	Schnürstiefel	5,00
Filz-Comptoirschuhe	3,50	Tanzschuhe, elegant garnirt	2,50
Gummischuhe, russ.	3,50	Lackschuhe	3,00
Filzschuhe	1,25	Gummischuhe	2,50
		Filzschuhe	1,00

Halb-, Schaft-, Reit-, Haarkalb-, Hunjakstiefel,
stets vorräthig zu soliden Preisen.
Für Kinder: Hohe, warme Stiefel 1,00, dto. mit Besatz 1,30, reizende Filzstiefel 1,40, Filzschuhe 0,75, Lederknopfstiefel 2,25.
Ludwig Herz, Breslau,
Blücherplatz 4.

Grosser Umsatz Kleiner Verdienst!
J. Schoenfeld
Kleiner Verdienst! Grosser Umsatz!
Herren- und Knaben-Garderobe
aus der anerkannten Werkstatt, gediegener Arbeit und vorzüglichem Schnitt, in großer Auswahl, liefert bei streng reeller und billigster Bedienung
Zur alten Post **19.** **J. Schönfeld,** Zur alten Post **19.**
Schmiedebrücke 31

Verantwortlich für die Redaktion: [illegible] — Druck und Expedition: [illegible] — Druck von [illegible]
Verlag von [illegible] — Druck in Breslau

Beilage zu Nr. 12 der „Volkswacht".

Sonnabend, den 15. Januar 1898.

Nachklänge zur oberschlesischen Parteiconferenz.

Etwas spät erscheinen diese „Nachklänge", es ist jedoch nicht ein Versehen, sondern Absicht, wenn sie jetzt erst, zwei Wochen nach der Conferenz selbst, erscheinen. Bekanntlich waren die Verhandlungen stellenweise sehr lebhaft, lebhafter vielleicht als gut war, und in Manchem der Betheiligten hat die durch die Verhandlungen erzeugte Erregung sicherlich noch einige Zeit die Conferenz überdauert. Jetzt dagegen dürfte wohl alle Erregung geschwunden sein, so daß eine kühle Betrachtung der Resultate der Conferenz möglich ist. Ein fernerer Grund, eine Betrachtung der Ergebnisse der Conferenz etwas hinauszuschieben, lag darin, daß die bürgerlichen Pressstimmen abgewartet werden mußten. Auch sie werden wir heute berühren, ihre Zahl war nicht gering, viel Bedeutung können wir ihnen allerdings von vornherein nicht beilegen.

Fragen wir zunächst nach den Hauptergebnissen der Conferenz, so ergiebt sich, daß sie, wenn wir von der nicht unwichtigen Anknüpfung vieler persönlichen Bekanntschaften absehen, auf zwei Gebieten liegen. Erstens ist durch die klare Aussprache der Betheiligten über die Sondertaktik und die Sonderansprüche der polnisch-socialistischen Partei und über die Haltung der „Gazeta Robotnicza" ein Zwist aus der Welt geschafft worden, der, wenn er weiter um sich gegriffen und sich verschärft hätte, den besten Theil der agitatorischen Kraft der Parteigenossen im wichtigsten Theile Oberschlesiens nutzlos verzehrt haben würde. Wenn wir sagen, der Zwist sei aus der Welt geschafft, so ist das vielleicht ein zu optimistisches Urtheil. Jedenfalls aber ist durch die Conferenz soviel erreicht, daß wir jetzt begründete Hoffnung haben, die alten Streitigkeiten werden nach und nach völlig aufhören, und daß auch die Mittel und Wege angegeben sind, durch die den etwaigen Fortsetzern der Mißhelligkeiten ihre Arbeit energisch verleidet werden kann. Wir erinnern hier im Besonderen an Pfannkuchs Rede, die in einem Theile der Parteipresse, vorzugsweise in der „Gazeta Robotnicza", etwas gar zu kurz weggekommen ist. Daß mit einem Schlage lange genährte Zwistigkeiten verschwinden, ist ja auch nicht zu erwarten. Wir wollen uns für die nächste Zukunft damit begnügen, wenn wir das Bestreben constatiren können, sich mit den in Neustadt gefaßten Beschlüssen abzufinden. Wenn nur die in Oberschlesien selbst wohnenden polnischen Parteigenossen sich an die Beschlüsse von Neustadt halten und die Agitation in ihre Heimath im Rahmen der gleichfalls in Neustadt geschaffenen Organisation betreiben, dann werden sie davor sicher sein, daß von außen her neue Zwistigkeiten in sie hineingetragen werden.

Wir kommen hierauf auf das zweite Hauptresultat der Neustädter Verhandlungen: auf die Schaffung des bisher fehlenden festen Organisationsgerüstes. Unorganisirte Arbeit, also auch unorganisirte Agitation, wird immer nur wenig Frucht bringen, sie wird planlos sein. Unser Bruderblatt, der „Prol. a. d. E." hatte daher sehr Recht, wenn er in seiner Neujahrsnummer meinte, daß die bisherige Agitation in Oberschlesien leider durch fast ein Jahrzehnt hindurch plan- und ziellos betrieben worden sei.

Der Anfang dazu ist nun in Neustadt gemacht, die Agitation in Oberschlesien zu einer planmäßigen zu gestalten. Es sind Mittelpunkte geschaffen worden, um die sich die Bewegung gruppiren soll. Für den ganzen Regierungsbezirk ist die Einrichtung der Bezirks-Vertrauensmänner, für die einzelnen Wahlkreise, soweit die Wahlkreise Oberschlesiens vertreten waren, die altbewährte Einrichtung der Kreisvertrauensmänner geschaffen worden. Die Agitationsarbeit liegt nun in festen Händen und insbesondere für die Wahlzeit ist durch die Wahl eines Wahlcomitees Vorsorge getroffen, das seiner Zeit mit den Bezirksvertrauensmännern zusammen die Wahlarbeit leiten soll.

Wir sind nicht so optimistisch, zu glauben, daß nun auch Alles glatt und mühelos gehen wird. Nicht der geschaffene Organisations-Apparat ist die Hauptsache, sondern die Art, wie er angewandt wird. Die Zeit wird es erst lehren, ob auch jeder Mann an seiner richtigen Stelle steht; den meisten oberschlesischen Parteigenossen fehlt noch die Uebung, die Genossen in deutschen Gegenden seit Jahren besitzen. Die Feuerprobe wird die Organisation in der bevorstehenden Wahl bestehen müssen; bewährt sie sich da, dann ist auch für ihre Zukunft gesorgt; sie wird sich bei den Genossen einleben und dieselben Früchte tragen, die sie überall getragen hat. Gelingt das Werk von Neustadt, dann wird vom Januar 1898 ein neuer Abschnitt in der Geschichte der oberschlesischen Parteibewegung datirt werden können; wir hoffen fest darauf.

Die bürgerliche Presse hat wenig Gescheites über unsere Conferenz gesagt. Man darf ja im Allgemeinen von der bürgerlichen Provinzpresse nicht viel Gescheites erwarten. Wer da weiß, wie sich in den letzten Jahrzehnten das Redactionspersonal bürgerlicher Provinzblätter rapide verschlechtert hat, in welchem Umfange für diese Leute nicht die innere Ueberzeugung, sondern die angelernte Schablone maßgebend ist, die sie bei Strafe des Verlustes von Arbeit und Brot nicht verlassen dürfen, der wird seine Ansprüche an die bürgerlichen Provinzblätter von vornherein möglichst niedrig stellen. Und er wird es ganz besonders thun gegenüber der oberschlesischen Provinzpresse.

Den Vogel abgeschossen hat natürlich wieder die „Oberschles. Volksztg."; mit Recht ist in diesem Blatte bereits an anderer Stelle darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Mann, der letzt in diesem Blatte unsere Conferenz besprach, Schaden an seinem Verstande gelitten haben mag. Die Ausführungen der „Neustädter Zeitung" über unsere Parteiconferenz und über die Versammlung am 2. Januar enthielten zwar auch genug theils dumme theils böswillige Angriffe gegen uns, standen aber doch immer noch thurmhoch über denen des vorgenannten Blattes. In der gesammten Centrumspresse verhielt sich auch hier wieder einmal ihr polnischer Theil am verständigsten: Der „Dziennik Slaski" brachte eine Besprechung unserer Verhandlungen, in denen zwar selbstverständlich der Gegensatz des polnischen Centrums gegen unsere Partei scharf zum Ausdruck kam, die sich aber auch durch ruhige Sachlichkeit auszeichneten. Wir wollen an dieser Stelle eine Prophezeiung wagen, wenn auch die Gefahr nahe liegt, daß wir Lügen gestraft werden: Unsere Partei wird in Oberschlesien einst einen schweren Kampf mit dem polnischen Centrum, das vielleicht in nicht allzuferner Zeit selbstständig als polnische katholische Partei auftritt, zu bestehen haben. Diese sich bildende Partei, deren Führer sich in einem jetzt 30 Jahre währenden Kampfe geschult haben, werden das Erbe des alten officiellen Centrums übernehmen und neuen Wein in alte Schläuche zu füllen versuchen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie seine Zeitlang Erfolge haben durch ihre demokratischen Allüren, die sogar einem etwas demokratischen Geiste wirklich entsprechen mögen. Bekommt aber diese neue Partei die Masse des Volkes hinter sich — und sie ist von diesem Ziele durchaus nicht mehr weit entfernt — dann haben wir mit ihr als unserem ernstesten Gegner zu rechnen.

Die Entwickelung dieser Partei wird übrigens ebenso wie die Entwickelung der Socialdemokratie das erhoffte Aufblühen des Freisinns in Oberschlesien verhindern. Gewisse freisinnige Geldleute, an deren Spitze der politisch begabte Rechtsanwalt Pohl in Gleiwitz steht, lassen es sich schweres Geld kosten, den Freisinn auf die Beine zu bringen. Das als Provinzblatt nicht übel geleitete Kattowitzer „Oberschles. Tageblatt" hat trotz seiner dreijährigen Bemühungen nicht in die Höhe kommen können, noch viel weniger die minder gut berathene Beuthener „Grenzzeitung". Gewiß: Das kleine Beamtenthum und die kleinen und mittleren Kaufleute lassen sich wohl noch für den altersschwachen Freisinn begeistern, mit diesen Leutchen aber wird sich nicht viel machen lassen. Für den Proletarier, der die Masse der Bevölkerung ausmacht, giebt es nur ein Entweder—oder. Entweder ist er noch so thöricht, sein Heil vom Centrum zu erwarten, das für die Arbeiter einzutreten verspricht, es aber nie thut, oder er wendet sich dem neuen Evangelium zu, das ihm der Socialdemokrat predigt. Mittelwege liebt der polnische Oberschlesier nicht.

Doch kommen wir auf unseren Gegenstand zurück, auf die Haltung der bürgerlichen Presse gegenüber der Neustädter Conferenz. Wir haben nur noch die freisinnige Presse zu betrachten. Soweit uns deren Auslassungen zu Gesicht gekommen sind, waren sie entschieden unparteilicher als die der deutschen Centrumsblätter. Nur die „Grenzzeitung" baut auf einer Unwahrheit (oder Irrthum?) über die Neustädter Verhandlungen einen ganzen Leitartikel auf. Sie nimmt an, daß in Neustadt als wichtiges Agitationsmittel der Streik officiell empfohlen worden sei, und ficht nun gegen dieses Spiegelbild einen langen harten Strauß aus. Die Mühe war verloren. Von einer Empfehlung des Streiks war in Neustadt nicht die Rede, und selbst wenn ihn ein Redner empfohlen hätte, so dürfte das der „Grenzzeitung" noch lange nicht Veranlassung geben, eine solche Aeußerung — die in der That nicht gefallen ist — der Gesammtheit der Delegirten in die Schuhe zu schieben. Kennt übrigens die „Grenzzeitung" nicht unsere wiederholten Warnungen vor den 1897er Streiks im oberschlesischen Industriebezirk? Bezweckte etwa der erwähnte Leitartikel nur eine kleine Verleumdung, und stammte er vielleicht gar von jener bekannten Stelle, deren Einfluß auf die freisinnige Presse sich schon recht oft in einer für wirkliche Freisinnige sehr verdächtigen Weise bemerkbar gemacht hat?

Lokales.

Breslau, den 15. Januar 1898

* **Ländliche Wohlfahrtspflege.** Einen Aufruf an die deutschen Frauen auf dem Lande erläßt der Ausschuß für Wohlfahrtspflege auf dem Lande. Ein großer Theil der Aufgaben, die sich der genannte Ausschuß gestellt hat, falle in das Arbeitsgebiet der Frau und könne ohne deren Mitarbeit nicht gelöst werden. Speciell den Frauen zugewiesen werden Maßnahmen zur Aufbesserung der wirthschaftlichen und socialen Nothstände auf dem Lande, wie Kinderpflege, Krankenpflege, Mädchenhorte, hauswirthschaftliche Ausbildung der Mädchen, Erleichterung der Erwerbsthätigkeit von Frauen und Mädchen, Armenpflege, Beförderung der Mäßigkeitsbestrebungen 2c. Ferner wird den Frauen nahe gelegt die Pflege des Gemüths- und Geisteslebens der Landbevölkerung. Hier gelte es vor Allem, an der Förderung und Veredelung der geselligen Unterhaltungen und Vergnügungen, besonders an der Reform der Sonntags- und Festtagsfeier mitzuarbeiten, Familien-, Volks- und Gutsabende einzurichten, Dorf-Gesangvereine, Volks- und Jugendspiele zu befördern und persönlich daran theilzunehmen. Lesevereine, gesellige Abende der Arbeiterinnen auf dem Lande, gemeinse Ausflüge mit ihnen könnten den „Damen der gebildeten Stände", wie es im Aufruf heißt, ein ungemein segensreiches Feld der Thätigkeit eröffnen. Man wendet sich deshalb an die Frauen der gebildeten Stände auf dem Lande mit der Bitte, an diesem „Culturwerk" theilnehmen zu wollen, parteipolitische, sociale und religiöse Verschiedenheiten sollen bei dieser Arbeit ganz zurücktreten.

Wir haben keinen besonderen Grund, diese etwas sentimental angehauchten Bestrebungen zu fördern, und ebensowenig einen, sie zu bekämpfen, sofern wir nicht etwa durch specielle Vorkommnisse zur Bekämpfung gezwungen werden. Alle diese Pläne mögen ganz guter und edler Gesinnung entspringen, aber an irgendwelche Erfolge ist nicht zu denken. Zur Pflege des Gemüths- und Geisteslebens insbesondere gehört vor allen Dingen ein Menschenmaterial, das nicht durch übermäßige Arbeit körperlich und geistig ermüdet ist, und dem man durch ausreichende Bezahlung und weniger elende Wohnungen die gesunde Empfänglichkeit und Heiterkeit des Gemüths erhalten hat, die die erste Voraussetzung für die Pflege des Gemüths- und Geisteslebens des Volkes sind. Aber hier hapert's. Die Wohlfahrtspflege möchten manche Junker und sonstige Großgrundbesitzer schon haben, weil sie hoffen, sich dadurch die Landarbeiter auf der Scholle zu erhalten. Aber die Fundamente aller Wohlfahrtspflege zu schaffen, [illegible] anständige Bezahlung, anständige Arbeitszeit und anständige Wohnungen, dazu mögen sie sich nicht verstehen.

So hängt die ganze ländliche Wohlfahrtspflege in der Luft, und auch die zarten Finger der „deutschen Frauen" werden nicht im Stande sein, sie auf den realen Boden ostelbischer Kartoffelfelder herabzuziehen.

* **Ganz wie bei uns!** Die „Mainzer Volksstimme" schreibt unter dieser Spitzmarke: Ein hiesiger Arbeiter, der Willens war, nach Transvaal (Südafrika) auszuwandern, erkundigte sich zuvor bei einem dort ansässigen Deutschen über die dortigen Verhältnisse und erhielt folgende kurze, aber vielsagende Antwort:

„Johannesburg, den 3. December 1897. Als Antwort auf Ihren Brief erlaube ich mir, Ihnen folgenden Rath zu geben: Wenn Sie keine feste Stelle hier haben, bleiben Sie ganz beruhigt zu Hause! Die Zeiten sind hier furchtbar schlecht, Hunderte von Leuten aller Nationen arbeitslos, müssen um ihr tägliches Brot betteln. Ja, wenn Sie mit 10,000 Mark hierher kämen, könnten Sie wohl Ihr Glück machen. Ich rathe Ihnen, diese Reise nicht zu unternehmen. Für meine Diamantgrube habe ich Leute genug, und Leute mit Erfahrung, die englisch, holländisch, deutsch und kafferisch sprechen. Es thut mir leid, Ihnen diese Auskunft geben zu müssen, aber es ist die nackte Wahrheit! Grüßend Ihr — 2c."

Mögen sich diese Zeilen Alle vor unüberlegtem Auswandern nach dem vielgepriesenen Transvaal zur Warnung dienen lassen. Die Capitalherrschaft zeitigt überall dieselben mißlichen Verhältnisse, unbekümmert um Land und Leute. Setzen wir dieser „goldenen Internationale" die „rothe Internationale" entgegen.

* **Keine getrennten Verkaufsräume für Naturbutter und Margarine!** Dem „Boten a. d. R." wird von juristischen Seite geschrieben, daß in dem soeben erschienenen Commentar zum Margarinegesetz von Dr. jur. Max Fleischmann der Nachweis geführt wird, daß auf Grund des betreffenden Gesetzes der Verkauf von Naturbutter und Margarine in getrennten Räumen nicht gefordert werden könne. Der für die Frage allein in Betracht kommende § 4 des Gesetzes bestimmt allerdings, so heißt es in der Zuschrift, daß die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung oder das Feilhalten von Margarine und Butter, keineswegs aber daß das Verkaufen in denselben Räumen verboten ist. Nun konnte der Laie vielleicht denken, Feilhalten und Verkaufen sei ziemlich dasselbe. Unsere ganze Gesetzgebung aber, und speciell auch das Margarinegesetz, macht zwischen beiden Begriffen einen scharfen Unterschied. Der Händler, der Butter und Margarine zu verkaufen hat, braucht nicht, wie man allgemein annahm, zwei verschiedene Läden, er braucht auch nicht den Kunden, der von ihm Margarine verlangt, aus seinem Laden, in dem er die Butter feilhält, in einen andern Raum zu führen, um ihm dort die Margarine zu übergeben; er kann ihm vielmehr in demselben Laden die Margarine aushändigen und die Bezahlung in Empfang nehmen, nur muß er die Margarine schon in dem Nebenraume, in dem er sie aufbewahrt hat und aus dem er sie herbeiholt, verpacken.

Gegen diese Interpretation läßt sich allerdings nichts einwenden; es fragt sich nur, ob die Gerichte ebenso urtheilen würden.

* **Schutz vor Schutzleuten.** Wieder einmal als nicht correct wurde Mittwoch vom Vorsitzenden des Schöffengerichts in einer Verhandlung gegen den Zuschneider eines großen Geschäftes wegen Beamtenbeleidigung das Verhalten des beleidigten Schutzmannes bezeichnet. Am Spätabend des 2. December war, so berichtet die „Bresl. Ztg.": der bisher völlig unbescholtene Angeklagte in Begleitung einer Dame auf den Gneisenauplatz gekommen, wo er wahrnahm, daß der Schutzmann Lippik ein Mädchen hin- und herstieß, weil dieses — aus irgend einem Grunde — die Abgabe der Personalien dem Beamten verweigerte. Der Angeklagte suchte sich zunächst zum Schutze des Mädchens in das Mittel zu legen, redete auch dem Mädchen — allerdings vergeblich — zu, den Namen zu sagen und äußerte beim Weitergehen bezüglich des Verhaltens des Schutzmannes laut zu seiner Begleiterin, „das grenze ja schon an Nothzucht". Hierauf eilte Lippik auf ihn zu, nahm ihm die Personalien ab und hieß ihn seiner Wege gehen, was jener auch that. Plötzlich aber kam der Schutzmann dem sich entfernendem Paare nachgelaufen und forderte den Angeklagten auf, behufs Feststellung der Personalien mit zur Wache zu kommen, denn — so motivirte er sein Verlangen — „Sie können mich ja belogen haben". Der Angeklagte folgte dieser Aufforderung, äußerte aber unterwegs zu der ihn auf die Wache begleitenden Dame: „Es könne sich ja unter diesen Umständen kein Bürger in Breslau nach 10 Uhr auf der Straße sehen lassen". Wegen dieser beiden Auslassungen des Angeklagten war seitens der vorgesetzten Behörde des Lippik Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung gestellt worden. Das Gericht war der Meinung, daß, nachdem der Angeklagte wahrheitsgetreu seine Personalien abgegeben hatte, für den Schutzmann keine Veranlassung vorlag, denselben zur Wache zu citiren. Wenn der Schutzmann diese Maßnahme mit den Worten motivirt habe: „Sie können mich ja belogen haben", so sei dieses beleidigende Verhalten in keiner Weise zu rechtfertigen. Gehe man also davon aus, daß der Beamte die Grenzen seiner Machtbefugniß überschritten habe, so sei in der zweiten Aeußerung des Angeklagten eine Beleidigung des Schutzmannes nicht zu finden. Den zuerst gebrauchten Ausdruck erachtete das Gericht nach Lage der Sache mit drei Mark Geldstrafe event. einem Tage Haft, für genügend gesühnt.

* **Heftung der Bücher mit Draht.** Gegen die Benutzung mit Draht gehefteter Bücher und Schreibhefte in den Schulen hat der Unterrichtsminister an die sämmtlichen Provinzial-Collegien und königl. Regierungen einen Erlaß gerichtet, in welchem einestheils auf die Gefahr der Verwendungen, andererseits auf das Kosten des Drahtes und die dadurch herbeigeführte Unhaltbarkeit der Heftung hingewiesen wird.

* **Die starke Verbreitung der Maul- und Klauenseuche** im Landkreise Breslau hat den Landrath veranlaßt anzuordnen, daß Rindvieh, Schweine, Schafe und Ziegen auf sämmtlichen Eisenbahnstationen des Landkreises nur dann verladen werden dürfen, wenn die Viehstücke an dem Tage der Verladung durch den königl. Kreisthierarzt für gesund befunden worden sind.

* **Wochenbericht des statistischen Amts der Stadt Breslau.** In der Berichtswoche vom 2. Januar bis 8. Januar fanden 58 Eheschließungen statt. — In der Vorwoche wurden 237 Kinder geboren. Davon waren 195 ehelich, 42 unehelich, 230 lebend geboren (113 männl., 117 weibl.), 7 todtgeboren (2 männl., 5 weibl.) Einschließlich der nachträglich Gemeldeten sind 186 Sterbefälle (94 männliche, 92 weibliche) in der Berichtswoche vorgekommen. Todesursachen: Scharlach —, Masern und Rötheln 1, Rose —, Diphtherie 3, Croup —, Wochenbettfieber —, Keuchhusten 2, Unterleibstyphus —, Ruhr —, Brechdurchfall —, Magen- und Darmkatarrh 14, andere acute Darmkrankheiten 3, acuter Gelenkrheumatismus —, andere Infectionskrankheiten —, Krebs 6, Gehirnschlag 12, Krämpfe 12, andere Krankheiten des Gehirns 7, Lungenschwindsucht 30, Lungen- und Luftröhren-Entzündung 15, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 1, andere Krankheiten der Athmungsorgane 5, Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 13, alle übrigen Krankheiten 50. Verunglückung 5, Selbstmord 4, Unbekannt 3 Todtschlag —

* **Felddienstübungen im Winter.** Ende Januar oder Anfang Februar wird, sobald Frost eintritt und sich eine genügende Schneedecke bildet, nach einer officiösen Meldung, eine größere Felddienstübung der Garnisonen von Breslau, Brieg, Oels und Bernstadt abgehalten werden. Die Uebung, deren Dauer sich auf etwa drei Tage erstrecken dürfte, wird auf dem rechten Oderufer zwischen Breslau und Ohlau unter der Leitung des Generalcommandos VI. Armeecorps stattfinden.

* **An Stelle des Laufstieges über den Stadtgraben** der z. Z. die Antonienstraße mit der Neuen Antonienstraße verbindet, regt man in interessirten Kreisen den Bau einer festen Brücke an, die auch den Fuhrwerksverkehr aufnehmen soll. Man erhofft dadurch insbesondere die enge und vielbefahrene Graupenstraße einigermaßen entlasten zu können. Im Locale von Paul Döring findet demnächst eine Versammlung statt, in welcher Herr Georg Schück über das Brückenbauproject referiren wird.

* **Zum Morde auf der Gerbergasse.** In der Angelegenheit der Mordaffäre ist es von Wichtigkeit, daß festgestellt wird, ob am Mittwoch in den späten Nachmittagstunden oder am Donnerstag im Laufe des Tages folgende Ringe zum Verkauf oder Versatz gebracht worden sind und zwar 1. ein angeblich echt goldener Trauring, wahrscheinlich mit den Buchstaben E. F. und einer Jahreszahl aus den ersten Jahren dieses Jahrhunderts, und 2. zwei goldene Ringe mit einem gelben und einem blauen Stein. Meldungen hierüber sind sofort in dem Zimmer 38 oder 61 des Polizeipräsidiums zu machen.

* **Socialdemokratischer Verein.** In der nächsten Montag stattfindenden Versammlung wird Genosse Schütz über die Waarenhäuser einen Vortrag halten. Es sei hiermit in Erinnerung gebracht, daß die Versammlungen stets pünktlich um 8½ Uhr eröffnet werden. Die diesjährige Generalversammlung findet Sonntag, 23. Januar, statt. (Siehe Inserat.)

* **Die Gesellschaft für ethische Cultur** veranstaltet Sonnabend, den 22. Januar, abends 8¼ Uhr, eine öffentliche Versammlung im großen Saal der Neuen Börse. Herr Privatdocent Dr. J. Jastrow-Berlin, ehemals Herau

geber der Wochenschrift „Sociale Praxis", wird über „Klassenkampf und Harmonie" sprechen. Der regen Theilnahme, namentlich auch der Arbeiterkreise, darf wohl mit Sicherheit entgegengesehen werden.

* **Einbrüche.** In der Nacht zum 13. d. Mts. wurden in einem Grundstück an der Freiburgerstraße Einbrüche in drei dort befindliche Geschäfte versucht und in zwei Fällen auch ausgeführt. Zunächst drangen die Einbrecher in den Laden eines Uhrmachers und entwendeten ei. Anzahl echte Uhrketten, Uhrbänder, ein Quantum Bruchgold, 70 Gegenmarken des Consumvereins, ein Taschenmesser, einen braunen Winterüberzieher und einen schwarzen Damenkragen. Die Uhren befanden sich unter sicherem Verschluß. Aus dem Geschäft eines Bäckermeisters, in welches die Diebe ebenfalls eindrangen, wurden eine Menge Backwaaren und ein schwarzwollener Kragen gestohlen. Zuletzt wollten die Diebe noch in ein Cigarrengeschäft eindringen. Hier müssen sie jedoch gestört worden sein, nachdem sie bereits die Vorlegeschlösser geöffnet hatten.

* **Die Schaufensterscheibe** eines am Blücherplatze gelegenen Restaurationslocals ist in der Nacht zum 13. d. Mts. eingedrückt worden, worauf der Thäter aus dem Schaufenster sich Fleisch- und Wurstwaaren im Werthe von 40 Mark aneignete. Am Thatorte hatte der Dieb ein J. P. 11 gezeichnetes Taschentuch mit rothen Streifen zurückgelassen.

* **Die Leiche** eines etwa 35 Jahre alten Mannes wurde Donnerstag Nachmittag unterhalb der Universitätsbrücke aus der Oder gelandet und in die Anatomie geschafft. Der Leichnam scheint bereits mehrere Wochen im Wasser gelegen zu haben. Der Entseelte hat schwarzen Vollbart und ist mit einem Rockanzuge, einem braunen Ueberzieher, Ledergamaschen u. s. w. bekleidet.

* **Vermißt** wird der 17 Jahre alte Klempner August Peschke, der sich am 10. d. Mts. aus seiner Wohnung Lobestraße 55 entfernt hat und seitdem nicht zurückgekehrt ist; er war mit einem schwarzen Jaquet, blauer Hose, einem grauen Hut und Gamaschen bekleidet. Ferner hat sich am 11. d. M. der 9 Jahre alte Knabe Franz Klupiek der sich bei einer Arbeiterfrau Teichstraße 20 in Pflege befand, von dort heimlich entfernt. Er trägt Armenhauskleidung, u. A. einen grauen Ueberzieher und eine schwarze Mütze.

Schlesien.

Zum Kampf um das Versammlungsrecht in Oberschlesien. Der Streit zwischen Legien und dem neuen Besitzer des von Legien gemietheten Saales in Poremba ist, wie dem „Vorwärts" aus Beuthen OS. berichtet wird, dadurch beigelegt, daß Legien gegen die Erlegung der im Vertrage ausbedungenen Conventionalstrafe von 600 Mark und gegen einige sonstige Entschädigungen im Gesammtbetrage von ca. 100 Mark dem neuen Besitzer die Erfüllung der Vertragspflichten erläßt. Die strafrechtliche Verfolgung der Personen, die gewaltsamer Weise in den Saal eingedrungen sind, geht jedoch ihren Gang weiter.

Gegen die zollfreie Einfuhr kleiner Mengen von Mehl ꝛc. Von den Zollbehörden werden jetzt auf Veranlassung des Finanzministers Erhebungen angestellt, ob durch die jetzt bestehende freie Einfuhr von Mehl, Getreide und Backwaaren Seitens der preußischen Grenzbevölkerung aus den Nachbarländern die in den diesseitigen Grenzbezirken wohnenden Gewerbetreibenden erheblich geschädigt werden. Es sollen jedoch auch der „Kattow. Ztg." Ermittelungen auch darüber angestellt werden, welche Wirkung die Aufhebung der Bezollung besonders auf die ärmere Bevölkerung haben könnte. Veranlassung zu den behördlichen Maßnahmen haben Beschwerden der betreffenden Gewerbetreibenden gegeben, welche sich durch die freie Einfuhr benachtheiligt fühlen. Wir sind der Meinung, daß nur die Zollbehörden die Arbeit machen können. So viel steht doch seine schon fest, daß durch Sperrung der Grenze Tausende von Arbeitern gefährdet wurden. Gegenüber den Interessen dieser großen Anzahl von Menschen kommen die Interessen der paar Gewerbetreibenden nicht in Betracht. Mit mehr größerem Rechte könnten die Arbeiter verlangen, daß die ausländischen Arbeitskräfte ferngehalten werden, da dieselben den inländischen Arbeitern eine sehr unliebsame Concurrenz machen. Würde die zuständige Behörde uns deshalb Erhebungen veranlassen?

Liegnitz, 13. Januar. Erkrankungen an Typhus sollen, dem „Liegn. Anz." zufolge, bei einigen neu zugezogenen Dienstleuten in Haynau im hiesigen Kreise festgestellt worden sein. Behördlicherseits seien alsbald die nöthigen Maßregeln gegen eine weitere Verbreitung der Krankheit getroffen worden.

Oppeln, 14. Januar. Regierungspräsident Dr. von Diller ersucht das „Oberschl. Tagebl.", die Nachricht von seiner Ernennung zum Ministerialdirektor für unrichtig zu erklären.

Ober-Glogau, 12. Januar. Selbstmord im Gefängniß. Der wegen Diebstahls verurtheilte circa 18 Jahre alte Koch Arthur Brehm aus Zobten am Bober hat sich in seiner Zelle im hiesigen Amtsgerichtsgefängniß gestern Abend erhängt.

Rosenberg O.-S., 12. Januar. Schon wieder das Schießgewehr. In Sommerfeld hiesigen Kreises spielte vergangenen Montag der 17jährige Arbeiter Leopold Brzenska, wie dem „Oberschles. Anz." geschrieben wird, mit einer alten vorderladenden Pistole, die er vorher geladen hatte. In demselben Augenblicke ging die 10jährige Hausbesitzertochter Anna Pionek vorbei. Der Bursche zielte auf sie und sagte: „Jetzt erschieße ich Dich." Im gleichen Zeitpunkt krachte ein Schuß und das Kind sank, in den Unterleib getroffen, zu Boden. Das Kind dürfte kaum am Leben erhalten werden. Der junge Bursche wurde flüchtig.

Gleiwitz, 13. Januar. Zum Hausbrunnen. Die Ausbesserungsarbeiten an dem eingestürzten Bünsch'schen Neubau sind gestern in Angriff genommen worden. Inzwischen sind die Aufzeichnungen der beiden betreffenden Personen, des Bauherrn Bünsch und des Baumeisters Dienst in einem heftigen Streitpunkte. Ersterer wälzt die Schuld auf den Andern. Während Herr Dienst behauptet, der Einsturz sei auf vorschriftswidrige eigenmächtige Abänderung des Bauplanes seitens des Herrn Bünsch, sucht auf die Bemerkung von jüdischen Baumaterial zurückzuführen, entgegnet Herr Bünsch, daß der Einsturz dem Herrn Dienst zur Last gelegt werden müsse, da er sich nicht um den Bau gekümmert, sondern während der Bauzeit einen mehrwöchentlichen Urlaub nach Italien unternommen habe. Auf den Ausgang der Sache dürfte man gespannt sein.

Gleiwitz, 13. Januar. Begnadigung. Der Schlosser Bengler, welcher i. J. wegen Defraude zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist, ist nach Abbüßung des größeren Theiles seiner Strafe begnadigt worden. Bengler wird, einer Meldung hiesiger Blätter zufolge, am 1. März d. J. aus dem hiesigen Gerichtsgefängniß entlassen und vom gleichen Tage an als Buchhalter von einem Bergrevier hierselbst beschäftigt werden.

Beuthen OS., 13. Januar. Ein „höherer" Schüler. Ein hiesiger 16jähriger Gymnasiast hat sich am Freitag vorger Woche heimlich aus seiner Pension entfernt, nachdem er sich das Schulgeld nach und nach eine Geldsumme von 150 Mk. angeeignet hatte. Ein inzwischen eingegangener Brief von ihm hier erwähnt, daß er sich von Stettin oder Hamburg auf die See begeben wollte. Mittlerweile wurden die Polizeibehörden dieser Orte telegraphisch von dem Vorgehen des Jünglings in Kenntniß gesetzt und schon am Nachmittage gegen 3 Uhr traf die Antwort-Depesche ein: „L. ist bereits entdeckt und verhaftet." Am Sonntag-Morgen fand, nach der „Bolksw.", ... seiner Streiche ihr vorläufiges Ende.

m. **Neustadt OS.**, 14. Januar. Zur Lage der Textilarbeiter. Die für den Capitalisten so einträgliche Praxis der Lohnabzüge, die im vergangenen Jahre nicht selten gehandhabt wurde, wird natürlich auch im neuen Jahre weiter befolgt. Man sollte freilich meinen, daß der Lohn der Webereiarbeiten schon seinen niedrigsten Stand erreicht hätte, die fortwährenden Abzüge beweisen jedoch, daß es noch tiefer geht. In der alten und neuen Weberei soll jetzt ein einheitlicher Lohntarif eingeführt werden, wobei natürlich auch wiederum Abzüge in Anwendung kommen. Nach uns gewordenen Informationen sind in Folge dieser Tarifeinführung an einem Stück bis 70 Pf. weniger bezahlt worden. Das macht bei 3 Stück in der Woche einen Abzug von 2,10 Mk. Man sollte doch wenigstens glauben, daß, wenn sich die Herren bei den früheren Löhnen zu vielfachen Millionären emporgeschwungen haben, auch die alten Löhne weiter gezahlt werden könnten, denn diese waren ohnedies bescheiden genug, und dazu sind die Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Die Weber sind immer am elendesten daran, es wird von ihnen eine gute, saubere, fehlerfreie Arbeitswaare gefordert, obwohl bei vorkommenden Fehlern nur gar zu oft den Spulern, Schlichtern, Oelern und vor allen Anderen den Werkmeistern die Schuld zuzumessen ist. Es setzt einfach Abzug und damit basta. Nicht nur die Weber, sondern auch die Spuler sind am Sonnabend von dieser Lohndrückerei heimgesucht worden: pro Pack Wolle-Spulen sollten ihnen 50 Pf. weniger gezahlt werden, die Leute aber nahmen aber eine derartige Haltung gegen diese Zumuthung an, daß man ihnen bald die alten Löhne wieder bewilligte. Angesichts solcher Zustände ist es zu bedauern, daß die Arbeiter die Waffe der Organisation nicht besitzen. Darum rufen wir den hiesigen Textilarbeitern zu: Organisirt Euch und gründet eine Zahlstelle des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, unter dessen Schutz Ihr erfolgreichen Widerstand leisten könnt. Abonnirt Zeitungen, die Eure Interessen vertreten. Wenn Ihr die Hände in den Schooß legt, dann geht Ihr immer größerem Elend entgegen.

Schwientochlowitz, 13. Januar. Der Typhus gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Bis jetzt sind 21 Fälle zur polizeilichen Meldung gelangt.

Aus den Nachbarprovinzen.

Posen, 12. Januar. Die Polen und die Marinevorlage. In einer heute Abend abgehaltenen polnischen Wählerversammlung gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erwartet, daß angesichts der gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse die polnische Fraction gegen eine Vermehrung der Flotte stimmen wird. Den Reichstagsabgeordneten der Stadt Posen, Herrn Cegielski, fordert die Versammlung auf, mit allen Kräften in dieser Richtung innerhalb der Fraction thätig zu sein. Sollte die Fraction trotzdem für die Vermehrung der Flotte stimmen, so möge Herr Cegielski sich wenigstens der Abstimmung enthalten."

Versammlungsberichte.

Gewerkschaftscartell. In der Mitglieder-Versammlung, die Mittwoch, den 12. Januar cr., in Eblich's Local, Neumarkt 8, stattfand, lieferten folgende Delegirte: Stemmer Mücke, Metallarbeiter Schröder, die Maurer Hamann, Krause und Jinschke, Sattler Stumpe, Feilenhauer Schmied, Schmied Wagner, Glaser Papst und Stuckateur Scholz. Die Tagesordnung lautete: „Die nächsten Gewerbegerichtswahlen." Der Kassirer berichtete zunächst über die zur Deckung der Kosten eingegangenen Beiträge. Darnach haben die meisten Gewerkschaften 10 Mark geleistet, einige 15 Mark und darüber; nur wenige sind mit ihrem Beitrage noch im Rückstande. Es erfolgte darauf Seitens des Vorsitzenden die Bekanntgabe der Candidaten-Liste und wurde in der Discussion besonders betont, die Delegirten möchten in ihren Kreisen dafür wirken, daß alle Arbeiter, die ihre Stimmberechtigung rechtzeitig anmelden, auch wirklich am 2. Februar zur Wahl gehen. — Im Weiteren brachten die Vertreter der Bauarbeiter eine Angelegenheit zur Sprache, deren Untersuchung und Regelung dem Vorstande übertragen wurde. Unter „Verschiedenes" erklärte der Delegirte der Handelsangestellten, das Gewerkschaftscartell könne zwar den Beschluß gefaßt, der Handelsangestellten bei der Ueberwachung der Sonntagsruhe in ihrem Gewerbe zu unterstützen, aber die Durchführung Seitens der Gewerbetreibenden ist im Allgemeinen eine minimale gewesen. Er frage deshalb an, ob das Gewerkschaftscartell in Zukunft noch einen Schritt weiter thun solle. Die Besprechung, die sich daran knüpfte, war eine sehr lebhafte. Einige Delegirte, die schon an der Ueberwachung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Theil genommen haben, berichteten über ihre dabei gemachten Erfahrungen. Sie bemerkten, daß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Breslau viel verstoßen werde, besonders hätten die Handelsangestellten, die Haus- und Comptoirboten, darunter schwer zu leiden; aber auch die Arbeiter in den Brauereigroßbetrieben hätten noch mit Freuden über Kürzung der ihnen gesetzlich gewährleisteten Sonntagsruhe. Da die Behörde, wie es scheint, nicht im Stande ist, dem angeführten Uebelstande entgegenzutreten, so müsse sie das Gewerkschaftscartell unterstützen. Der Vorstand berathe in diesem Sinne; der Vorstand soll, wenn er es für nöthig hält, die Delegirten zur Theilnahme an der Ueberwachung der Sonntagsruhe auffordern. Pflicht der Delegirten ist es, dann an die angehenden Kreise zu folgen!

m. **Der Verband der freien Hilfskassen** hielt am 13. d. Mts. eine Versammlung ab. Es gelangte zunächst ein Antrag zur Annahme, wonach künftig jede Ortsverwaltung ihre Vertreter selbst, falls in genügender Anzahl vorhanden, zu wählen hat. In die Commission wurden alsdann gewählt Grundmann, Gärtner; Bartel; Zimmerer, Bäcker; Tischler, Hoffmann; Schlosser, Schneider; Tischler, Kaiser; Buchdrucker, Compos; Schuster, Bäcker; Bildhauer, Kopka; Schuhmacher, Glaser. Nachdem hierauf ein sehr beifällig aufgenommener Vortrag des Herrn Dr. Blumenfeld über den Gebrauch des Alkohol in gesunden und kranken Tagen.

m. **Verband der Maler** ꝛc. In der am 13. d. M. abgehaltenen General-Versammlung erfolgte zunächst die Erstattung des Kassenberichts über das letzte Quartal. Die Einnahme betrug in dem genannten Zeitraum 512,07 M., die Ausgabe 192,14 M. Die darauf erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Albrecht als Vorsitzender, Jörg als Kassirer, Sturm als Schriftführer. Zu Beisitzern für die genannten Herren wurden Delan, Thiele und Schilm gewählt. Als Revisoren erhielten Büttner und Bolz die Mehrheit und an dem Tage eines Beisitzers wurden Brieger und Krause benannt. In den Gesellenausschuß delegirte die Versammlung den Collegen Pilz. Des Weiteren gelangte der zu erfolgende Arbeitsnachweis nochmals zur Besprechung, worauf die Angelegenheit dem Gesellenausschuß zur Erledigung überwiesen wurde. Die neue Sammlung soll am 1. Februar in Function treten. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß der General-Vorstand statistische Fragebogen übersandt habe, welche bis zum 1. März ausgefüllt und wieder zurückgesandt sein müssen. Endlich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß am 6. Februar eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, die sich mit der Lohnbewegung befassen soll.

Gerichtliches.

Barbarische Mißhandlungen ihres Kindes hatte sich in Berlin die Arbeiterfrau Ida Hoffmann zu Schulden kommen lassen, welche deshalb vor der III. Abtheilung des Schöffengerichts stand. Die Angeklagte hat ein jetzt 13 Jahre altes Mädchen mit in die Ehe gebracht. Es war ihr ein Dorn im Auge und sie hatte sich ihm gegenüber zu Mißhandlungen und Quälereien hinreißen welche jeder Beschreibung spotten. Eine gewöhnliche Art d Züchtigung bestand darin, daß die Angeklagte ihrem Kinde die Bei zusammenband, es so über das Bett legte, daß es mit dem Gesi in der Federdecke lag und dann den entblößten Unterkörper mittel eines dicken Stockes bearbeitete. Einmal ging das Mädchen m einer tiefen Wunde im Kopfe herum, die Angeklagte hatte es m einem Feuerhaken verletzt. Die Zeugen bekundeten, daß sie d Kind wiederholt, vor Kälte halb erstarrt, des Morgens auf de Kloset gefunden hatten, es gab an, daß es die ganze Nacht do zugebracht habe, die Mutter habe es Abends zuvor unter Schläg und Schimpfen zur Wohnung hinausgejagt. Als die Polizei s des Mädchens annahm und es im Waisenhause unterbrachte, muß es erst in ärztliche Behandlung gegeben werden, und es hat lang gedauert, bis die äußeren Spuren der unmenschlichen Behandlun verschwunden waren. Der Staatsanwalt beantragte eine G fängnißstrafe von neun Monaten. Die Bestie wurde vom Geric mit der Milde behandelt, die in solchen Fällen mehrfach beobacht worden ist. Der Gerichtshof berücksichtigte die bisherige Unb scholtenheit des unmenschlichen Weibes und beließ es bei einer G fängnißstrafe von drei Monaten!

Ein kriegsgerichtliches Urtheil, das schon vor länger Zeit gegen Mannschaften des Eisenbahnregiments Nr. 2 und d Luftschifferabtheilung in Berlin gefällt worden ist, wird jetzt näh bekannt. Es handelt sich um eine Vergewaltigung des Dien mädchens eines dortigen Professors auf dem Tempelhofer Felde, a der sechs Mann, vier Eisenbahnpionniere und zwei Luftschiffer, b theiligt waren. Nachdem der Professor das Verbrechen angezei hatte, meldeten sich als Thäter freiwillig die beiden Eisenbahnpioni und ein Luftschiffer. Diese drei sind mit einem Jahr un einem Monat Festung bestraft worden. Die anderen dr haben zwei Jahre Zuchthaus bekommen, unter ihnen au der Bräutigam des Mädchens, der von vornherein als Mi thäter bekannt war.

In dem Prozeß gegen den Ephorus Palm vom the logischen Seminar zu Maulbronn, über dessen Thaten wir b richteten, fällte das Landgericht Heilbronn am 9. d. M. das Urthei Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf ein Jahr drei Mona Gefängniß. Der Vertheidiger hatte Freisprechung beantragt. D Rechtsspruch lautete auf fünf Monate Gefängniß. Wege der Unterschlagung von Reise-Stipendiengeldern, die Pal sich von seinen Seminaristen quittiren ließ, ohne sie ihnen ausz zahlen, wurde er freigesprochen. Schuldig gesprochen wurde er wege Unterschlagung von Geldern aus der ihm anvertrauten Lehrmitte kasse und wegen Nichtzurücklieferung unausgezahlt gebliebene Stipendiengelder, und ferner wegen einer gewöhnlichen Unterschlagung bestehend in Verwendung zur Ablieferung ihm anvertrauter Ko gelder zu persönlichen Zwecken.

Eine bedeutsame, zwar eigentlich selbstverständliche En scheidung fällte soeben das Kammergericht dahingehend, d Redacteur habe das für den Druck bestimmte Material zu sammenzustellen und sei berechtigt, anzunehmen, daß auch nur da gedruckt werde, was er zur Druckerei abgeliefert habe. Wen wider sein Wissen und Willen ein Artikel eingeschalt sei, so könne er hierfür nicht verantwortlich gemac werden.

Sociale Uebersicht.

Kinderelend in London. In der altberühmte Londoner Guildhall fand am Mittwoch nach der „Frankf. Ztg. zum vierten Mal das große Weihnachtsessen statt, welche Alderman Treloar alljährlich den allerärmsten Kindern vo London giebt. 1250 Kinder waren dazu eingeladen, und s kamen, theils gewaschen, theils ungewaschen, aber sämmtlic hungrig, auf Wagen angefahren, andere Kinder, die nicht ein geladen waren, liefen den Wagen nach, und als die einge ladenen Kinder ihre Sitze eingenommen hatten, fand sich noc Platz für 50 nicht eingeladene. Tausend Pfund Roastbeef un Kartoffeln und 105 siebenpfündige Plumpuddings wurden de Kindern servirt, während das Musikcorps der City Polize populäre Weisen spielte. Dazu wurde Milch getrunken, nach her gab es Aepfel und Apfelsinen und zu allerletzt noch Knall bonbons, welche ziemlich zu gleicher Zeit losgefeuert wurden Darauf konnten die 1300 Kinder, welche sonst keine Kopf bedeckung haben oder nur solche von unbeschreiblicher Qualität alle die bunten Kopfbedeckungen aufsetzen, welche sich in de Knallbonbons befanden (!). Um diese Zeit erschien in feier lichem Aufzuge der Lord Mayor mit dem City-Marschall, den Schwertträger und dem Szepterträger und hielt eine Ansprach an die Festversammlung, welche mit der Ansprache „Knaben und Mädchen!" begann und worin der Lord Mayor sagte, e habe schon manche Festversammlung gesehen, aber noch keine mit so vielen glücklichen Gesichtern. An 4000 kranke Kindern waren rechtzeitig Körbe mit Eßwaaren verschickt worden. Alder man Treloar sprach die Erwartung aus, daß bei reicherer Unterstützung künftig diese Kinderspeisung eine noch größere sein würde. Die Stadt London hat anscheinend Nichts für die Armen übrig.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. II. Maurer Paul Kolbe, kath., S. — Schmied Alfred Liebe, ev., T. — Bahnarbeiter Gustav Schillowski, evang. S. — Comptoirdiener Alfred Schramm, ev., T. — Haushälter Carl Janas, kath., S. — Kellner Wilhelm Berg, ev., S. — Eisenbahn-Gepäckträger Carl Weigmann, kath., T. — Locomotivheizer Gustav Anders, evang., S. — Militärinvalide Heinrich Malluschke, ev., T. — Kutscher Carl Scholz, evang., T. — Haushälter Georg Kaiser, kath., T. — Schmied Robert Folgner, ev., T. — Schuhmachermeister Carl Grieger, ev., S. — Lagerhalter Alfred Knabe, kath., S. — Sattler Nicolaus Palitza, kath., S. — III. Restaurateur Eduard Klimpel, ev., S. — Maurer Gustav Nixdorf, ev., T. — Briefträger August Grunert, kath., S. — Schlosser Paul Wisgalla, kath., T. — Schuhmacher Ernst Radam, ev., T. — Haushälter August Dreiocker, ev., Sohn.

Todesfälle. I. Lucie, T. des Betriebssecretärs Albert Sauer, 14 J. — Wäscherin Franziska Buczek, 42 J. — Schneider Joh. Kloschig, 45 J. — Böttchersfrau Anna Barske, geb. Huscher, 52 J. — Curt, S. des Ofenbauers Carl Bolkmer, 6 Monate. — Steueraufseherswittwe Magdalena Winkler, geb. Tempelhoff, 77 J. — Buchhalterswittwe Bertha Rambeau, geb. Jentsch, 58 J. — Arbeiterin Anna Grabowski, 40 J. — Maschinenführer Paul Zabe, 43 J. — Tischlerswittwe Bertha Schleifer, geborene John, 54 J. — Frieda, T. des Arbeiters Reinhold Stumpe, 8 Tage. — II. Willy, S. des Schuhmachers Paul Hoffmann, 5 M. — Martha, T. des Zimmermanns Gottfried Ullrich, 2 M. — Arbeiterswittwe Rosina Spickmann, geb. Löschner, 74 J. — III. Auguste, T. des Klempners August Karsubke, 17 T. — Arthur, S. des Arbeiters Wilhelm Bergander, 7 Mon.

Zum Parteifonds gingen ein: Rothe Commune, 5. Rate, 0,80 Mk., nicht besuchte Cartellversammlung 0,50 Mk., K. T. 1,00 Mk., H. Deppmann 0,50 Mk. Summa 2,80 Mk.

Die Vertrauenspersonen.

Verantwortlich für die redaktionelle Leitung: Julius Kruppes; für den übrigen Theil: Ernst Jahn; — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von O. Schilk & Co.; Druck von Th. Schapke; — sämmtlich in Breslau — Zeitungsnr. Breslau.